



info

02/2018

Moderne Zeiten?

Schwerpunkt

Gewerkschaften gestalten die Transformation der Arbeitswelt

Karl-Marx-Jubiläum

Von Trier in die Welt

Flucht, Migration, Integration

Was eint, was trennt in der Einwanderungsgesellschaft?

Politik für Europa

Warum die EU den Westbalkan braucht und der Westbalkan die EU

SCHWERPUNKT – GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN DIE TRANSFORMATION DER ARBEITSWELT

- | | | |
|--|--|--|
| <p>3 Eine Wirtschaft, die den Menschen dient
Wie Gewerkschaften ihre Machtressourcen kreativ einsetzen</p> <p>4 In die Offensive gehen
Gewerkschaften müssen sich reformieren und politisch positionieren</p> <p>5 Mehr Zwang!
Warum wir eine gesetzlich verankerte Sorgfaltspflicht für Unternehmen brauchen</p> <p>6 Da geht noch mehr
Arbeitsstandards müssen verbindlich in EU-Handelsverträge aufgenommen werden</p> <p>7 »Digitalisierung und Globalisierung sind nicht alternativlos«
Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, im Interview</p> <p>8 Digitalisierung ist gestaltbar!
Vier Kernforderungen der Dienstleistungsgewerkschaften</p> | <p>9 »Nicht nur Technik vernetzt sich«
Interview mit Betriebsrätin Constanze Kurz über Digitalisierung und Mitbestimmung</p> <p>10 Arbeiten zwischen Gig und Crowd
Sechs Fragen an Sarah Bormann von ver.di zur Plattformökonomie</p> <p>11 Transformation der Arbeitswelt <i>reloaded?</i>
Erkenntnisse aus der historischen Forschung</p> <p>12 Zwei Fliegen mit einer Klappe
Eine Transportgewerkschaft integriert Selbstständige – und rettet sich selbst</p> <p>13 Mit Strategie zum Ziel
Wie Gewerkschaften chinesische Multis in Afrika in die Pflicht nehmen</p> <p>14 Hand in Hand
Mit transnationalen Partnerschaften Arbeitsstandards verteidigen</p> | <p>15 »Durch den »Eisernen Lohnvorhang« abgetrennt«
Warum das starke Lohngefälle zwischen West- und Osteuropa problematisch ist</p> <p>16 »Wir brauchen einen Generationswechsel«
Gespräch mit der Gewerkschafterin Viktória Nagy</p> <p>17 »Geschlechterverhältnisse sind Machtverhältnisse«
Didice Godinho Delgado über Gewerkschaftsmacht durch Geschlechterparität</p> <p>18 »Sozial ist da gar nichts«
Gewerkschafterin Annelie Buntenschach über den Einfluss rechter Gruppen auf Betriebe</p> <p>19 Gute Arbeit auch für Migrant_innen
Afrikanisch-europäisches Gewerkschaftsnetzwerk setzt Maßstäbe</p> |
|--|--|--|

KARL-MARX-JUBILÄUM – VON TRIER IN DIE WELT

- | | | |
|--|--|--|
| <p>21 Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute
Die neue Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus in Trier</p> | <p>22 Ein besonderer 5. Mai
Feierliche Eröffnung der Dauerausstellung</p> <p>24 Marx und wie er die Welt sah
Ulrike Herrmann und Michael Quante über Karl Marx' Wirken heute</p> | <p>26 »Süßes Herzens-Jennychen«
Lesenswerte Publikationen zum Marx-Jubiläum</p> |
|--|--|--|

THEMA

- | | | |
|--|--|--|
| <p>Flucht, Migration, Integration</p> <p>29 Was eint, was trennt in der Einwanderungsgesellschaft?</p> | <p>30 Neuunternehmer als Integrationsvermittler
Wie mit guten Ideen die Integration erleichtert werden kann</p> | <p>31 Eine unvergessliche Begegnung für alle
Deutsche und syrische Schüler_innen kochen gemeinsam</p> |
|--|--|--|

PROJEKTE

- | | | |
|--|--|---|
| <p>Politik für Europa</p> <p>33 Wirtschaftlich und politisch notwendig
Warum die EU den Westbalkan braucht und der Westbalkan die EU</p> | <p>34 Europa schützen – nur vor wem oder was?
Österreichs EU-Ratsvorsitz kommt eindimensional daher</p> <p>35 Nach der Wahl in Ungarn: Bleiben oder Gehen?</p> | <p>36 Europa voranbringen!
Das »Relaunch Europe«-Projekt zeigt, wie es funktionieren kann</p> <p>37 »In Brüssel wird über unsere Zukunft verhandelt«
Interview mit Kate Hardy über den Generationenkonflikt beim Brexit</p> |
|--|--|---|

NOTIZEN

- | | |
|--------------------------|-----------------------------------|
| <p>38 Notizen</p> | <p>41 Leseempfehlungen</p> |
|--------------------------|-----------------------------------|

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Arbeitswelt hierzulande und global ändert sich rasant. Neue Technologien erleichtern die Arbeit, zwingen jedoch zu ständigem Lernen und Adaptieren. Wer da mithalten will, muss flexibel sein und bereit sein für Neuanfänge. Globalisierung und Deregulierung gefährden Sozial-, Umwelt und Arbeitnehmerstandards. Arbeit, die zum Leben passt, und eine Wirtschaft, die soziale Inklusion ermöglicht und die planetarischen Grenzen mitdenkt, sind das Gebot der Stunde und nur mit Gewerkschaften erreichbar.

Wie genau Gewerkschaften die Transformation der Arbeitswelt mitgestalten, ist Gegenstand des Schwerpunkts in diesem Heft. Die Beiträge, Kommentare und Interviews von und mit Autorinnen und Autoren aus dem deutschen und internationalen Gewerkschaftsumfeld behandeln die Themen Ungleichheit, Globalisierung/Handel, Wandel, Digitalisierung, jüngere und weiblichere Gewerkschaften sowie Kampf gegen Rechts.

Ein zweiter, kleiner Schwerpunkt widmet sich dem Philosophen und Ökonomen Karl Marx. Dessen 200. Geburtstag im Mai 2018 war Anlass, die Dauerausstellung im Karl-Marx-Haus in Trier neu zu gestalten. Eine Einführung in das Ausstellungskonzept, ein Streitgespräch über Marx' Erbe und eine Sammelrezension neuer Marx-Publikationen bringen Sie dem Denken und Wirken dieses vielschichtigen Theoretikers näher.

Zu den Themen Flucht, Migration und Integration können Sie unter anderem lesen, ob und wie das neue Leitbild Einwanderungsgesellschaft in Politik und Gesellschaft aufgenommen wird. Warum die EU den Westbalkan braucht und der Westbalkan die EU, erklärt der Abgeordnete Josip Juratovic im Themenbereich »Politik für Europa«. Ferner erfahren Sie, was die österreichische Regierung unter Sebastian Kurz als nächster EU-Vorsitz an Eindimensionalem plant und wie es in Ungarn nach dem Sieg von Victor Orbán weitergeht.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die »info«-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Anja Papenfuß, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030_269 35-7038
anja.papenfuss@fes.de

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-7036
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

Leitwerk. Büro für Kommunikation
www.leitwerk.com

Druck

Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis

Agencia TSS, Pablo Carrera: S. 8 ·
CEID: S. 35 · CSA, Mayra Castro: S. 4 ·
FES: S. 11, 12, 24, 38, 39, 40 · Kay
Herschelmann: S. 7 · IG Metall: S. 14 ·
Florian Klenk: S. 34 · Benno Kraehahn:
S. 33 · Simone M. Neumann: S. 18 ·
Anne Nickels: S. 20, 21, 22, 23 · Ralph
Pache: S. 30 · Roberto Parizotti: S. 17 ·
picture alliance / AP Photo: S. 6 ·
picture alliance / dpa: S. 7 ·
picture alliance / dpa/dpaweb: S. 5 ·
picture alliance / Ina Fassbender/dpa:
S. 16 · picture alliance / Jakob
Gruber/EXPA/picturedesk.com: S. 34 ·
picture alliance / norbertharding:
S. 32/33 · picture alliance / Photoshot:
S. 13, 19 · picture alliance / SZ Photo:
S. 18, 28/29 · picture alliance /
westend61: S. 9 · picture alliance /
ZUMAPRESS.com: S. 37 · Privat: S. 5, 16,
37 · res: S. 25 · Herby Sachs: S. 25 ·
Alexander Schmitt: S. 9 · Shutterstock/
Mila Supinskaya Glashchenko: Titel ·
Shutterstock/Posztos: S. 35 · Maren
Strehlau: S. 39 · Reiner Zensen: S. 36

ISSN 0942-1351

Gewerkschaften gestalten die Transformation der Arbeitswelt

Eine Wirtschaft, die den Menschen dient

Wie Gewerkschaften ihre Machtressourcen kreativ einsetzen

Von Jörg Bergstermann, Mirko Herberg und Stefanie M. Moser

Arbeitszeiten, die zum Leben passen. In diesen fünf Wörtern hat die IG Metall das Selbstbewusstsein einer Gewerkschaft ausgedrückt, die zwei Dinge klarstellt. Es ist Zeit, dass die Wirtschaft wieder den Menschen dient. Und: Wir Gewerkschaften sind Träger gesellschaftlicher Innovation. Auf Grundlage ihrer Organisationskraft und aktiver Mitgliederbeteiligung ist so der Anspruch der Gewerkschaften, die Arbeitswelt von morgen schon heute mitzugestalten, offensiv formuliert. Dies ist ein notwendiges Signal zum Aufbruch, denn die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten sind weltweit dramatisch – meistens zuungunsten von Arbeitnehmer_innen.

Denn trotz einer zunehmend protektionistischen Handelspolitik eines Donald Trump laufen die Globalisierungsdynamik und die Logik des Finanzkapitalismus weiter. Ihre Träger sind die zunehmend aggressiv auftretenden multinationalen Konzerne, die nationales Recht und Regulierungen für altmodisch und lästig erachten (Uber, Automobilkonzerne) oder deren Streben nach Marktdominanz keine Grenzen kennt (Amazon).

Der von ihnen beförderte technologische Wandel in Hochgeschwindigkeit erfüllt Arbeitnehmer_innen mit Sorge, den Anforderungen der digitalen Ökonomie (nicht mehr) gewachsen zu sein. Wenn Arbeitsmärkte ultraflexibilisiert sind und Sozialpolitik nicht mehr schützt, macht sich Unsicherheit unter abhängig oder selbstständig Beschäftigten breit. Wird es demokratischer Politik nicht mehr zugetraut, die Trends zu mehr Ungleichheit und Exklusion umzukehren, finden diese Unsicherheiten ihren politischen Ausdruck im Zulauf von Nationalisten und Rechtspopulisten.

Es ist also dringend geboten, die Ökonomie neu zu ordnen. Der notwendige Paradigmenwechsel hin zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient, soziale Inklusion ermöglicht und die planetarischen Grenzen mitdenkt, ist mithin nur mit Gewerkschaften möglich. Menschen sind nachweisbar ökonomisch bessergestellt und demokratischer eingestellt, wo Kollektivverträge gelten und (betriebliche) Mitbestimmung praktiziert wird.

Gemeinwohlorientierte Politik dürfte also ein Interesse haben, Mitgestaltungsmöglichkeiten für Gewerkschaften und Betriebsräte zu erweitern. Doch in Europa und weltweit findet zurzeit das Gegenteil statt: Betriebsratsgründungen werden behindert, die Vereinigungsfreiheit eingeschränkt, das Streikrecht abgeschafft, Gewerkschafter_innen eingeschüchtert und verfolgt.

Wenn sich die Welt verändert, zwingt das die Gewerkschaften ebenso zum Wandel. Die Anforderungen sind gewaltig, das verfügbare Budget meist nicht. Was jedoch auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist, zeigt ein Projekt unserer internationalen Gewerkschaftsarbeit. »Trade Unions in Transformation« hat Erfolgsgeschichten weltweit dokumentiert und beweist die Innovationskraft der Arbeiter_innenbewegung: Gewerkschaften arbeiten transnational vernetzt und zwingen Konzerne zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Geschlechterparität in der Gewerkschaft führt zu einer stärkeren Verankerung in der Gesellschaft. Informell und prekär Beschäftigte finden in neuen Arten von gewerkschaftlichen Organisationen ihre Interessenvertretung und erzielen Verhandlungserfolge. Diese und andere Praxiserfahrungen sind Gegenstand dieses Themenschwerpunkts. Sie verdeutlichen, dass Gewerkschaften ihre Machtressourcen kreativ einsetzen, um ihre Kernaufgabe zu erfüllen: die Interessenvertretung abhängig Beschäftigter Menschen in einer sich wandelnden Welt. ●

Jörg Bergstermann war bis 1. Juni 2018 Koordinator Gewerkschaftsarbeit Europa und Nordamerika.

Mirko Herberg ist Projektleiter Globale Gewerkschaftspolitik.

Stefanie M. Moser ist Referentin in der Abteilung Wirtschaft und Soziales.

In die Offensive gehen

Gewerkschaften müssen sich reformieren und politisch positionieren

Von Víctor Báez Mosqueira

Ungleichheit ist sowohl Markenzeichen als auch Makel der kapitalistischen Wirtschaft. Sie beeinträchtigt das demokratische Leben unserer Nationen erheblich. Der letzte Ungleichheitszyklus fand seinen logischen Schlusspunkt in der Weltwirtschaftskrise von 1929 und im Zweiten Weltkrieg. Liberale Ökonomen, die jedoch Mitmenschlichkeit besaßen, wie etwa der Brite John Maynard Keynes schlugen gegen Kriegsende ein umfassendes System zur Regulierung des Kapitalismus vor. Damit sollte den Übeln begegnet werden, die die Menschheit infolge des ungezügelter Kapitalismus in der vorangehenden Phase durchgemacht hatte. Neoliberale Politiker haben dieses System demontiert und die Welt in die Anfangsjahre des 20. Jahrhunderts zurückgeführt. Das heutige Ausmaß an Ungleichheit ähnelt dem, das die Welt in die wirtschaftliche Depression, in den Nationalsozialismus und Faschismus und die beiden Weltkriege führte.

In der heutigen Wirtschaftsform spekulieren frei fließende Kapitalströme gegen die Gesellschaft und bedrohen die wirtschaftliche Stabilität der Länder. Zwei Berge wachsen dabei zur gleichen Zeit: zum einen der Schuldenberg und zum anderen der Berg des nicht investierten Geldes. Arbeitsplätze, mit deren Hilfe Schulden zurückgezahlt und Menschen aus der Armut geholt werden könnten, werden nicht geschaffen. Sollte es dabei bleiben, wird die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu einer 2100-Agenda werden. Darüber dürfen wir nicht schweigen!

Die Kapitalerlöse wachsen schneller als die Produktion und die Produktivität, weil die Gewinne hauptsächlich in der Sphäre des fiktiven Kapitals entstehen und in »Steuerschlupflöcher«, also regelrechte Verstecke von Wirtschaftskriminellen, verschwinden.

In weiten Teilen der Welt ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad ebenso zurückgegangen wie der Deckungsgrad der kollektiven Tarifverhandlungen und der Sozialversicherungen und damit einer der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstands, wo es ihn einmal gab.

Offensichtlich ist die heutige Arbeiterklasse nicht mehr die gleiche wie in den 1970er-Jahren. Die Organisationsformen der Produktion wurden durch unterschiedliche Methoden ersetzt. Deren Ziel ist es, die Arbeiterklasse zu spalten, das Herausbilden eines kollektiven Bewusstseins zu verhindern und die Arbeitnehmer_innen einem perversen

»race to the bottom« zwischen den Ländern und Regionen auszusetzen, die um die Gunst schwer zu fassender Investoren werben.

Den progressiven Kräften muss es darum gehen, die Identität der Arbeiterklasse wiederherzustellen und diese neu zu organisieren. Die Gewerkschaften müssen sich reformieren, um neu zu erlernen, wie sie die transformierte Arbeiterklasse vertreten und organisieren können. Es muss Schluss sein mit der Strategie: »Verhandeln mit dem Ziel, so wenig wie möglich zu verlieren«. Vielmehr müssen wir bei der Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte und für neue Errungenschaften in die Offensive gehen, angefangen bei der Internationalen Arbeitsorganisation. In deren Rahmen ist seit vielen Jahren kein einziges neues internationales Übereinkommen mehr entstanden.

Der Kampf beschränkt sich nicht auf die bereits gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen. Wir müssen auch jene, die in der Produktionskette prekär beschäftigt sind, outgesourct wurden oder informell arbeiten, einbeziehen – und auch mithilfe breiter gesellschaftlicher Bündnisse jene anderen Bevölkerungsgruppen, die durch die »finanzialisierte« Globalisierung des Neoliberalismus ebenfalls betroffen sind.

Es gibt viel zu tun! Den Anfang sollte die politische Positionierung der Gewerkschaftsbewegung machen, damit sie zum Motor einer demokratischen Gesellschaft wird, die die Rechte aller vertritt. ●



Víctor Báez Mosqueira ist Generalsekretär der Trade Union Confederation of the Americas (TUCA/CSA) mit Sitz in São Paulo/Brasilien.



ZIELSETZUNG

Mehr Zwang!

Warum wir eine gesetzlich verankerte Sorgfaltspflicht für Unternehmen brauchen

Von Makbule Sahan

Multinationale Unternehmen haben in den vergangenen Jahren enorm an Macht gewonnen – nicht zuletzt mithilfe von Regierungen. Diese bauten nicht nur über unternehmensfreundliche Investitions-, Handels- und Steuergesetze den rechtlichen Schutz von Unternehmensinteressen deutlich aus. Gleichzeitig versäumten sie es weitgehend sicherzustellen, dass ebendiese Unternehmen auch zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn ihre Tätigkeiten die Rechte der Arbeitnehmer_innen verletzen.

Dass sich bisher niemand für die Verletzung von Arbeitnehmerrechten verantworten muss, ist einer der Hauptgründe für die schlechten Arbeitsbedingungen in den globalen Lieferketten. Zu lange haben sich die Regierungen bei der Bekämpfung dieser Missstände auf freiwillige Initiativen der Unternehmen verlassen. In den letzten Jahren versuchte man jedoch, über das neue Konzept der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht diesem Missstand beizukommen. Dem Konzept zufolge müssen Unternehmen die negativen Auswirkungen ihrer Geschäftspraktiken auf die Menschenrechte identifizieren, ihnen vorbeugen und Abhilfe schaffen sowie darüber Rechenschaft ablegen.

Wird die Sorgfaltspflicht nicht gesetzlich verankert, bleibt ihre Bedeutung überwiegend theoretischer Natur. Laut der Studie »The Corporate Human Rights Benchmark« legten viele Unternehmen im Rahmen der Einführung dieser Sorgfaltspflicht zu Beginn zwar mit entsprechenden Zielsetzungen ein starkes Engagement an den Tag, doch auch die größten Unternehmen vermochten es nicht, auf ermittelte Risiken zur Verletzung der Arbeitnehmerrechte zu reagieren und entstandene Schäden zu beheben. Um

wirksam zu sein, muss die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verbindlich angeordnet und bei Missachtung sanktioniert werden.

Dies wurde bereits von einigen Regierungen als notwendig erkannt. Frankreich beispielsweise hat ein Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht für große Konzerne und ihre Tochterunternehmen erlassen. Und das US-amerikanische Gesetz zur Erleichterung und Durchsetzung des Handels von 2015 verpflichtet Importunternehmen zur sorgfältigen Prüfung ihrer Zulieferer. Bei Nichteinhaltung werden die Importe nicht zugelassen oder beschlagnahmt.

Mit ihrer Zusage, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verbindlich festzuschreiben, wenn weniger als die Hälfte der Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern bis 2020 nachweisen kann, dass Maßnahmen zur Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ergriffen wurden, hat die deutsche Regierung einen Schritt in die richtige Richtung unternommen. Dieser Zusage müssen nun konkrete Maßnahmen folgen, um der Straffreiheit von Unternehmen endlich ein Ende zu bereiten. ●



Makbule Sahan leitet die Rechtsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) mit Sitz in Brüssel.

Da geht noch mehr

Arbeitsstandards müssen verbindlich in EU-Handelsverträge aufgenommen werden

Von Franziska Wehinger und Alexander Geiger



Die Handelsabkommen der Europäischen Union stehen derzeit hoch im Kurs. Rund um den Globus lassen sich Länder wie Australien, Indonesien, Malaysia oder Mexiko gerne auf Verhandlungen mit der EU ein. Treibende Kraft ist allerdings immer die EU.

Innerhalb der EU sieht dieses Bild jedoch anders aus: Die EU-Handelspolitik sieht sich seit dem Handelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie mit Kanada (CETA) scharfer Kritik ausgesetzt. Diese Mega-Abkommen haben zu Recht Zweifel an und Sorgen um Umwelt- und Arbeitsstandards, Verbraucherschutz und vor allem um die demokratische Kontrolle ausgelöst.

Die breiten Proteste in Deutschland in den Jahren 2015/2016 zum TTIP sowie Initiativen seitens der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben die Europäische Kommission zumindest dazu gebracht, einen Dialogprozess zu den Nachhaltigkeitskapiteln der EU-Handelsabkommen aufzunehmen.

Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Optionen:

Die erste Option sieht den gegenwärtig praktizierten freiwilligen Ansatz der EU-Nachhaltigkeitsstandards vor. Die Partnerstaaten sollten Kernarbeitsnormen und Umweltkonventionen einhalten. Bei Nichteinhaltung drohen keine Konsequenzen. Die Partnerländer werden nur im Dialog und durch technische Unterstützung dazu aufgefordert, die zugesagten Standards umzusetzen.

Die zweite Option zielt auf einen verbindlichen Ansatz für Arbeitsstandards ab. Bei systematischer Verletzung – etwa durch Zwangsarbeit oder Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit – müsste die EU reagieren können. Als Reaktionen sind denkbar: Bußgelder für die Regierung oder die vorübergehende Aussetzung der Präferenzen.

Forschungsergebnisse der FES in Asien zeigen: In allen Länderstudien (Bangladesch, Kambodscha, Pakistan und Vietnam) wurde festgestellt, dass in den Produktionsprozessen für Erzeugnisse, die für den EU-Markt bestimmt sind, das nationale Arbeitsrecht und die internationalen Kernarbeitsnormen systematisch verletzt wurden. Des Weiteren wird der politische Spielraum vor Ratifizierung eines

Abkommens nicht genutzt. Im Vergleich zu den USA, die oft die Unterzeichnung eines Abkommens an gewisse Arbeitsgesetzreformen knüpfen, stellt die EU hier wenige Forderungen und begnügt sich mit der Zusage, dass Reformen später umgesetzt würden. Erfahrungsgemäß sinkt nach Inkrafttreten eines Abkommens, das keine Sanktionen vorsieht, die Bereitschaft, diese Reformversprechen wirklich anzupacken.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen haben wir gemeinsam mit Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, ein Modell-Arbeitskapitel in Auftrag gegeben, das all diese Vorschläge berücksichtigt. Dieses wurde im Juni 2017 der Handelskommissarin Cecilia Malmström vorgestellt – mit dem Erfolg, dass dieser Vorschlag der Reformdebatte in Brüssel um Nachhaltigkeitskapitel starken Aufwind gegeben hat.

Darin wird gefordert, den dialogorientierten Ansatz durch einen verbindlichen Durchsetzungsmechanismus zu ergänzen. Außerdem sollten Staaten, die freie Gewerkschaften haben, diese nicht nur in die Überwachung der Einhaltung des Arbeitsrechts einbinden, sondern ihnen auch ein Klagerecht einräumen.

Obwohl es viele positive Rückmeldungen gab, ist die Kommission sehr zurückhaltend. Da es unter den Mitgliedstaaten keinen Konsens gebe, sehe sie keine Möglichkeit, einen verbindlichen Ansatz mit entsprechenden Sanktionen einzuführen.

In Zeiten, in denen das liberale Welthandelsparadigma zu Recht schwer unter Beschuss steht, sollten innovative Vorschläge, die zu mehr Gerechtigkeit und Würde für die Arbeitnehmer_innen führen würden, nicht so achtlos zur Seite gewischt werden. Reformen sind hier dringend geboten. ●

Franziska Wehinger war bis Anfang 2018 Referentin und Gewerkschaftskoordinatorin im Asien-Referat und hat sich mit EU-Handelspolitik und Arbeitsstandards befasst.

Alexander Geiger ist Referent für globale Handelspolitik im Referat Globale Politik und Entwicklung.



MEINUNG

»Digitalisierung und Globalisierung sind nicht alternativlos«

Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, im Interview

2015 haben Hunderttausende gegen das transatlantische Handelsabkommen TTIP protestiert. Bis heute hat das Thema einen hohen Stellenwert bei den Gewerkschaften, auch wenn US-Präsident Donald Trump inzwischen auf Protektionismus setzt. Begrüßen Gewerkschaften diesen Kurswechsel?

TTIP war ein Handelsabkommen einer neuen Generation, das nicht nur handelspolitische Instrumente wie Zollsensungen mit Investitionsschutz verbindet, sondern auch umfangreiche Maßnahmen zur Beseitigung sogenannter nicht tarifärer Handelshemmnisse enthält. Davon wären nicht nur technische, sondern auch Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards betroffen. Dass Zivilgesellschaft und Gewerkschaften dagegen protestieren, stellt ein Eintreten für die soziale Demokratie dar.

Der Kurs von Donald Trump hat damit wenig zu tun, da er mit der Doktrin »America first« die Interessen der US-Wirtschaft – oder was er dafür hält – in den Vordergrund stellt. Vorgeblich sollen auch die Beschäftigten davon profitieren. Ob das am Ende aufgeht, ist ungewiss. Klar ist hingegen, dass Trump damit den Interessen des Kapitals entgegenkommt.

Was wir in der Handelspolitik erleben, wird also einer fairen Globalisierung nicht gerecht?

Seit Jahren dominiert ein neoliberaler Ansatz. Die oberste Maxime scheint zu sein, alles zu beseitigen, was eine optimale Verwertung des Kapitals behindert. Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung sind die Stichworte. Auf der Strecke bleiben Sozial- und Arbeitnehmerstandards, aber auch Umwelt- und Verbraucherschutz. Wir brauchen daher Regeln für eine globalisierte Wirtschaft, die sich am Nutzen für die beteiligten Menschen orientieren und die wirtschaftlichen Aktivitäten in einem Rahmen halten, der unseren Planeten nicht zerstört.

Stichwort Digitalisierung: Wie sollte aus gewerkschaftlicher Sicht damit umgegangen werden?

Bei Digitalisierung wie auch Globalisierung handelt es sich um gesellschaftliche, von Menschen gemachte Prozesse. Sie haben zwar eine Eigendynamik, sind jedoch in ihren Ausprägungen weder alternativlos noch zwangsläufig. Eine wichtige Lehre aus der Geschichte ist, dass politische Entscheidungen demokratisch getroffen und dementsprechend auch umkehrbar sein müssen. Daraus resultiert auch die gewachsene Aufmerksamkeit für internationale Handelsabkommen, da sich völkerrechtliche Verträge nur schwer wieder ändern lassen. Sie sollten daher mindestens Revisionsklauseln enthalten und müssen auch stärker in den Mittelpunkt demokratischer Diskurse rücken. Wenn jetzt etwa unter dem Stichwort E-Commerce Regeln vereinbart werden sollen, die persönliche Daten als international handelbare Wirtschaftsgüter definieren, wäre das eine politische Entscheidung, die wenige Digitalkonzerne begünstigt und der großen Mehrheit der Menschen im Arbeits- und Privatleben gravierende Nachteile brächte.



Frank Bsirske ist seit 2001 Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Die Fragen stellte **Jörg Bergstermann**. Er war bis Ende Mai 2018 Koordinator der Gewerkschaftsarbeit in den Ländern Europas, in Nordamerika und Japan.

Digitalisierung ist gestaltbar!

Vier Kernforderungen der Dienstleistungsgewerkschaften

Von Christina J. Colclough

Gewerkschaften auf der ganzen Welt müssen eine Schlüsselrolle dabei spielen, wie die Zukunft der Arbeit gestaltet werden soll. Bald wird vieles möglich sein: Roboter und künstliche Intelligenz, die schlauer sind als Menschen und die Menschen kontrollieren, fliegende Autos, individualisierte Arbeit – kleine oder revolutionäre Veränderungen.

Erstens: Arbeit ist Arbeit. Arbeit ist keine Ware, die allein durch ihren Stückpreis bewertet wird. Da die Digitalisie-

rung den Übergang zu einer globalen Dienstleistungswirtschaft mit globalen Arbeitsmärkten vorantreibt, müssen wir gemeinsam fordern, dass die zukünftige Arbeitswelt transparent und fair ist und allen Arbeitnehmer_innen die Möglichkeit gibt, sich weiterzuentwickeln.

Zweitens: Die Sache ist dringlich. Der Weltverband der Beschäftigten der Dienstleistungsbranchen, UNI Global Union, hat daher eine Reihe von Kernforderungen aufgestellt. Die vier wichtigsten sind:

Menschen in Arbeit halten

Unternehmen müssen in Menschen investieren. Sie haben eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiter_innen. Sie müssen sich zu deren Ausbildung und Umschulung verpflichten, damit diese mit neuen Fähigkeiten neue Jobs übernehmen können. Nur weil neue Technologien eingeführt werden können, heißt das nicht, dass sie eingeführt werden müssen – die langfristige Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter_innen ist der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft. Wir fordern, dass alle Arbeitnehmer_innen, egal für wen sie arbeiten und was sie arbeiten, das Recht und den Zugang zu Fort- und Weiterbildung haben. Wir als Gewerkschaften sind in der Pflicht, die Arbeitnehmer_innen durch diese Übergangszeit zu begleiten.

Datenschutz für Arbeitnehmer_innen

Außer in einigen europäischen Ländern gibt es in der Welt kaum Gesetze oder Vorschriften über den Datenschutz von Arbeitnehmer_innen. Da das Management zunehmend von Algorithmen gesteuert wird und bei Rekrutierung, Beförderungen, Disziplinarmaßnahmen oder Entlassungen auf persönliche Daten zugegriffen wird, müssen die Mitarbeiter_innen Einblick in die von Unternehmen verwendeten Daten haben und die Daten kontrollieren können. UNI Global Union hat eine Charta der Datenschutzrechte für Arbeitnehmer_innen entwickelt und verhandelt derzeit mit einigen multinationalen Unternehmen, um diese Rechte in globalen Abkommen festzuschreiben.

Umfassende Sozialschutzsysteme

Die Arbeitnehmer_innen tragen derzeit die Hauptlast des Wettbewerbsdrucks, genießen jedoch nur wenige Grundrechte. Das können wir nicht akzeptieren. Wir fordern, dass allen Arbeitnehmer_innen in allen Formen der Arbeit die gleichen Grundrechte zustehen: Versammlungsfreiheit, Recht auf Sozialversicherung, Recht auf Kranken- und Urlaubsgeld, Tarifverhandlungsrecht, Recht auf Rente und auf Elternzeit und alle anderen Leistungen, die von Gewerkschaften seit Generationen erkämpft wurden. Arbeit ist Arbeit. Unsere Institutionen müssen sich ändern, um dem weiterhin Rechnung zu tragen.

Über das Bruttosozialprodukt hinaus denken

Seit vielen Jahren wird Produktivität als Effizienz gemessen und als Maßstab für Erfolg genommen. Doch die Schattenseiten dieser Logik wurden ausgeblendet: Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen sowie der Anteil an prekärer Arbeit hat zugenommen, die Kaufkraft großer Arbeitnehmergruppen ist gesunken und die Arbeitnehmer_innen in den Lieferketten werden ausgebeutet. Es ist an der Zeit, dass wir Erfolg anhand nachhaltigerer und langfristigerer Kriterien als dem BSP messen. Dazu gehören: sozialer Zusammenhalt, Gleichstellung der Geschlechter, Vielfalt, Gesundheit, Umweltschutz, Gewerkschaftsrechte und ein faires, umverteilendes Steuersystem.

Gemeinsam mit Freunden und Partnern können Gewerkschaften die Zukunft gestalten. Wir müssen unsere Rechte verteidigen und einfordern. Wir müssen verantwortungsbewusstes Wirtschaften und eine gerechte Verteilung des Reichtums fordern. Und wir müssen dies jetzt tun.



Dr. Christina J. Colclough ist Director Platform & Agency Workers, Digitalisation and Trade beim Weltverband der Beschäftigten der Dienstleistungsbranchen (UNI Global Union).



INTERVIEW

»Nicht nur Technik vernetzt sich«

Interview mit Betriebsrätin Constanze Kurz über Digitalisierung und Mitbestimmung

Wie verändert die Digitalisierung die Arbeitswelt eines Traditionsbetriebs wie Bosch?

Es sind drei große Trends: die interne Digitalisierung von Arbeits- und Geschäftsprozessen, die steigende Bedeutung von softwarebasierten Dienstleistungen und Geschäftsmodellen sowie die Verlagerung der Produktions- und Entwicklungsaktivitäten an Standorte im Ausland. Die Internationalisierung verstärkt den Trend der Digitalisierung.

All dies wirkt sich stark auf die Beschäftigungsstruktur des Unternehmens aus: In Deutschland gibt es immer mehr hochqualifizierte Beschäftigte, die Software entwickeln und industrielle Dienstleistungen erbringen, und immer weniger, die Waren produzieren. Es entstehen neue Qualifikationsanforderungen etwa in Bezug auf den Umgang mit Daten. Dabei werden Problemlösungskompetenzen wichtiger und die Anforderungen an die Fähigkeiten zu Kommunikation und Kooperation steigen.

Was bedeutet das für die Mitbestimmung und die Arbeit des Betriebsrats?

Man lagert zunehmend Bereiche der Forschung und Entwicklung aus dem Unternehmen in Start-ups aus. Die Belegschaften der Start-ups sind nicht tarifgebunden und haben in der Regel auch keinen Betriebsrat. Damit wächst die Gefahr von Unsicherheit und Entsolidarisierung. Wir versuchen gemeinsam mit der IG Metall, dagegen vorzugehen, was uns in Form der Unterstützung von Betriebsratsgründungen und mit innovativen Tarifverträgen teilweise auch gelingt.

Mit der Digitalisierung wächst aber auch die Gefahr der Spaltung der Belegschaften in eine »alte« produzierende und eine »neue« forschende Arbeitswelt. Dieser Spaltung müssen wir entgegenwirken. So haben wir beispielsweise allen Beschäftigten einen eigenen Internetzugang verschafft. Nur wenn alle online sind, können auch alle von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren.

Haben Sie als Gesamtbetriebsrat eine »digitale Agenda«?

Ja, die haben wir. Wir sind der Überzeugung: Aufgabe des Betriebsrats ist nicht, die Digitalisierung abzuwehren, sondern neue Möglichkeiten ihrer Aneignung im Sinne beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten und besserer Arbeitsbedingungen zu fördern. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt mit dem Thema Weiterbildung, aber auch mit neuen Regelungsfeldern befassen. Dazu zählt etwa das interne Crowdfunding. Hierfür haben wir eine Pilotvereinbarung beschlossen, die auf eine Stärkung der Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Nutzer_innen abzielt.

Kann man die Digitalisierung auch für mehr Demokratie im Betrieb nutzen?

Ja, wir haben beispielsweise ein Netzwerk gegründet, in dem wir uns über 40 Standorte hinweg mit Betriebsräten, Beschäftigten und externen Expert_innen über Handlungsbedarfe und Lösungsansätze bei der Gestaltung von Arbeit 4.0 verständigen. Kurzum: Nicht nur Technik vernetzt sich, sondern wir tun das auch.

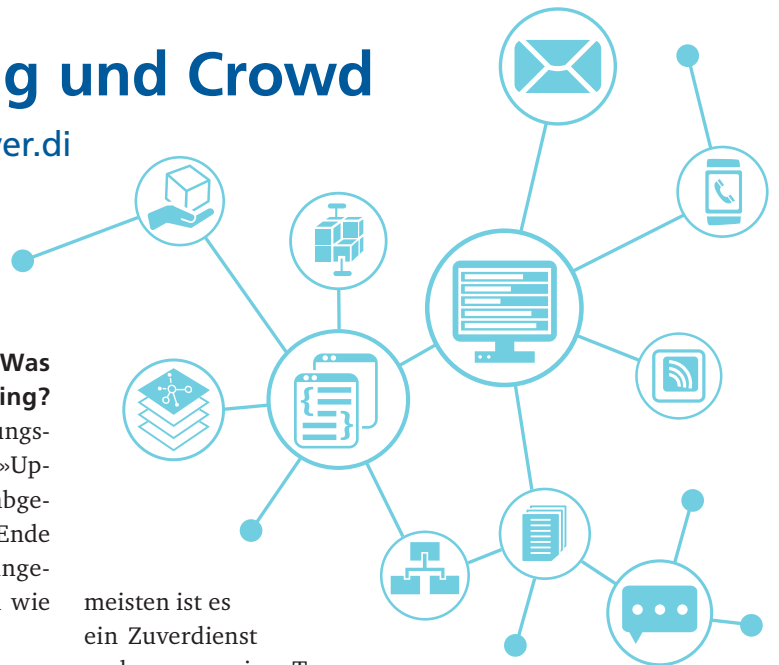


Constanze Kurz ist Referentin des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Robert Bosch GmbH.

Die Fragen stellte **Stefanie M. Moser**, Referentin in der Abteilung Wirtschaft und Soziales.

Arbeiten zwischen Gig und Crowd

Sechs Fragen an Sarah Bormann von ver.di zur Plattformökonomie



Welche Formen plattformbasierter Arbeit gibt es? Was ist der Unterschied zwischen Crowd- und Gigworking?

Unter Crowdfunding verstehe ich bezahlte Dienstleistungsarbeit, die über kommerzielle Plattformen wie etwa »Upwork« nicht nur vermittelt, sondern auch vollständig abgewickelt wird. Die Arbeit ist ortsungebunden und am Ende steht ein digitales Ergebnis. Bei Gigworking geht es hingegen um ortsgebundene Arbeit. Plattformunternehmen wie »Helplink« vermitteln zum Beispiel Reinigungskräfte.

Warum ist es attraktiv für Unternehmen, Dienstleistungen über eine Crowdfunding-Plattform einzukaufen?

Schnelligkeit, Flexibilität und Preisvorteile sind mit Sicherheit wichtige Gründe. Indem eine Aufgabe in kleine Tätigkeiten zerstückelt wird, können viele Menschen weltweit gleichzeitig daran arbeiten. Die Plattformen unterstützen die Unternehmen darin, die Aufgaben aufzubereiten, prüfen die Ergebnisse und wickeln die Bezahlung ab. Viele Unternehmen erwarten hohe Qualität zu niedrigen Kosten. Unternehmen nutzen Plattformen allerdings auch auf der Suche nach neuen kreativen Lösungsansätzen.

Ist das nun für Erwerbstätige ein Fluch oder Segen?

Als ver.di sehen wir die Risiken, dass Arbeitsplätze ausgelagert werden und der Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne zunimmt. Auf vielen Plattformen besteht zudem ein starkes Ungleichgewicht zulasten der Erwerbstätigen. Sie haben nicht den gleichen Zugang zu Informationen und verlieren die Hoheit über ihre Daten. Sie geraten in Abhängigkeit, weil sie zunächst viel investieren müssen, um sich eine Reputation aufzubauen. Zudem funktionieren manche Plattformen rein wettbewerbsbasiert: »The winner takes it all« und der Rest hat umsonst gearbeitet.

Wie sehen das ver.di-Mitglieder?

Wir haben jüngst unsere Mitglieder über ihre Erfahrungen auf Crowdfunding-Plattformen befragt. Auffällig war die hohe Unzufriedenheit mit der Bezahlung, zudem kritisierten sie die schlechte Aufbereitung der Aufträge und fehlende Kommunikationsmöglichkeiten. Gleichwohl schätzten viele die geringen Zugangshürden. Selbstständige können damit Auftragslücken füllen oder neue Kundschaft akquirieren.

Wie viele Erwerbstätige arbeiten derzeit als Crowd- bzw. Gigworker?

Wir schätzen, dass etwa eine Million Menschen in Deutschland auf Crowdfunding-Plattformen registriert, allerdings nur 100.000 bis 300.000 regelmäßig aktiv sind. Für die

meisten ist es ein Zuverdienst und nur wenige Tausend verdienen damit hauptberuflich ihr Geld. Crowdfunding ist bislang vor allem ein Experimentierfeld für neue Formen der Arbeitsorganisation. Auf Gigworking-Plattformen arbeiten vermutlich deutlich mehr Menschen. Zudem ist der Zuverdienstcharakter weniger ausgeprägt, viele arbeiten zehn bis 20 Stunden die Woche auf der Plattform.

Können Gewerkschaften diese Menschen überhaupt erreichen?

Wir beraten Crowd- und Gigworker, ob sie schon Mitglieder bei uns sind oder nicht. Viele Gewerkschaften sind skeptisch, Solo-Selbstständige zu organisieren. Wir haben 30.000 selbstständige Mitglieder, die bei ver.di Beratung und Rechtsschutz erhalten, sich austauschen, vernetzen und Aktivitäten entwickeln. Ein Teil davon arbeitet auf Crowdfunding-Plattformen. Deshalb identifizieren sie sich aber noch lange nicht als Crowdworker, vielmehr müssen wir sie über ihre Profession ansprechen.

Darüber hinaus führen wir Gespräche mit Plattformen, sensibilisieren unsere Betriebsräte und nehmen politisch Einfluss. Ver.di fordert unter anderem branchenbezogene Mindesthonorare, eine allgemeine Erwerbstätigenversicherung unter Beteiligung der Plattformen und der auftraggebenden Unternehmen sowie eine öffentliche Kontrolle der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen. Die Gestaltung der Plattformökonomie ist auch für uns ein neues, aber doch spannendes Feld.



Dr. Sarah Bormann befasst sich bei ver.di im Projekt »Herausforderung Cloud und Crowd« mit Digitalisierung und plattformbasierter Arbeit.

Die Fragen stellte **Anna-Lena Koschig**, Leiterin des BayernForums, München.

Transformation der Arbeitswelt *reloaded?*

Erkenntnisse aus der historischen Forschung

Von Stefan Müller

Die Arbeitswelten im Kapitalismus haben sich schon immer geändert, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Unterhalb der prinzipiellen Dynamik von Marktökonomien finden wir Phasen beschleunigten Wachstums und rasanter Veränderungen neben Perioden relativer Stabilität. So war etwa die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa und den USA geprägt von der Durchsetzung industrieller Produktion mittels Elektrifizierung, moderner Maschinerie und Massenproduktion – begleitet und forciert durch eine Phase der Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg.

Seit den 1970er-Jahren erleben wir erneut eine Zeit der Beschleunigung und globaler Verflechtung. Historiker_innen charakterisieren diese Periode mitunter als »Strukturbruch«, in dem in nahezu revolutionärem Ausmaß alte Industrien verschwunden und neue Technologien entstanden sind, sich zugleich Einstellungen und Mentalitäten gewandelt haben.

Die Gewerkschaften reagierten unterschiedlich auf diese Herausforderungen. Standen fast ein Jahrhundert lang die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit im Mittelpunkt von Arbeitskämpfen und Tarifverträgen, werden seit den 1970er-Jahren zunehmend Fragen der Arbeitsqualität thematisiert. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind natürlich schon lange Arbeitsfelder der Gewerkschaften, hinzugekommen sind aber Probleme wie Arbeitsverdichtung oder psychische Belastungen durch Überforderung einerseits, Monotonie andererseits. Die Humanisierung der Arbeit wurde so zu einer Kernforderung der Gewerkschaften in den 1970er-Jahren. Die sozialliberale Bundesregierung reagierte auf die damaligen gesellschaftlichen Herausforderungen mit einem Forschungsprogramm. Gewerkschaften und Regierung waren sich jedoch über den Stellenwert von Unternehmensinteressen nicht immer einig.

Wenn die Gewerkschaften heute für Gute Arbeit argumentieren, verweisen sie häufig auf das frühere Humanisierungsprogramm. Das Wissen um die damaligen Konflikte und Interessenlagen kann dabei für die Orientierung heute helfen.



FORSCHUNG

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der FES sammelt Quellen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Neben den Akten des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) finden sich im Archiv auch Unterlagen nahezu aller Einzelgewerkschaften.

Seit zehn Jahren kooperiert das AdsD mit der Hans-Böckler-Stiftung. Auf Kolloquien und Konferenzen tauschen sich Wissenschaftler_innen über die Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften aus, die Kooperation unterstützt Forschungsnetzwerke und berät Historiker_innen in fachlichen Angelegenheiten.

Einen besonderen Schwerpunkt legen beide Stiftungen auf die Unterstützung der Gewerkschaften in historischen Fragen. Gemeinsam werden Interviewprojekte durchgeführt, Materialien für die Bildungsarbeit erstellt oder Geschichtsprojekte koordiniert. Regelmäßig tauschen sich Gewerkschafter_innen über ihre Erfahrungen in der Geschichtsarbeit aus.

Weitere Informationen:

→ www.fes.de/lnk/gewerkgesch

Ansprechpartner ist Stefan Müller

→ stefan.mueller@fes.de

Priv.-Doz. Dr. Stefan Müller arbeitet im Referat Public History im Archiv der sozialen Demokratie.



ERFOLGSMODELL

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Eine Transportgewerkschaft integriert Selbstständige – und rettet sich selbst

Von Britta Utz

Landet man auf dem Flughafen von Ugandas Hauptstadt Kampala und möchte in die Innenstadt, so trifft man vor den Toren des Gebäudes auf ein großes Angebot: Taxis und Minibusse, von denen es allein in der Hauptstadt Hunderttausende gibt. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Fahrer_innen dieser Branche als Selbstständige gewerkschaftlich organisiert sind und in den vergangenen Jahren ihre Arbeitsbedingungen verbessern konnten.

Die zu lösenden Probleme stehen dabei stellvertretend für Arbeiter_innen im informellen Sektor: Sie sind gezwungen, außerhalb normierter Arbeitsverhältnisse und unter sehr prekären Bedingungen ihre tägliche Existenz zu sichern. Bislang haben Gewerkschaften diese Gruppe von Selbstständigen kaum in den Blick genommen und sich auf die Vertretung der Interessen von Lohnbeschäftigten konzentriert. So auch die ugandische Transportgewerkschaft, die allerdings, als sie 2006 mit nur noch 2.000 Mitgliedern kurz vor dem Aus stand, erfolgreich neue Wege ging und heute durch die Öffnung gegenüber den informell Beschäftigten etwa 60.000 Mitglieder hat.

Viele Fahrer_innen von Motorradtaxi („Boda-Bodas“), Taxis oder Lkws werden seit ihrem Eintritt in die Gewerkschaft seltener von der Polizei schikaniert. Sie führen diese erfreuliche Tatsache mitunter auf das Tragen von T-Shirts der Gewerkschaft und das Mitführen der Mitgliedsausweise bei Überlandfahrten zurück. Mit dem Kollektiv im Rücken konnten sie so ihre sonst schwache Position im Alltag stärken, da sich im Ernstfall Rechtsanwält_innen der Gewerkschaft ihrer Probleme annehmen würden. Auch konnten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Am Flughafen konnte die Gewerkschaft beispielsweise aufgrund vieler

Mitglieder auf »beiden Seiten« der Transportlogistik, ob angestellt oder »freiberuflich auf der Straße«, eine enorme strukturelle Verhandlungsmacht einsetzen. Jetzt gibt es dort einen eigenen Taxistand im Terminal, einen gut organisierten Parkplatz oder Uniformen. Auch haben sich Sichtbarkeit und Status von Frauen in der Branche durch gezielte Programme erhöht.

Dennoch steht die Transportgewerkschaft durch die Integration von informell und formell Beschäftigten unter einem Dach noch vor einigen Herausforderungen. Wie sollen die internen demokratischen Prozesse, Stimmrechte und Mitgliedsbeiträge angepasst und fair geregelt werden, so dass sich die »traditionellen« Mitglieder nicht vernachlässigt fühlen? Informelle Fahrer_innen können oft den geforderten Mitgliedsbeitrag nicht regelmäßig bezahlen. Eine Reform der Strukturen wird innerhalb der Gewerkschaft intensiv diskutiert. Das Beispiel zeigt: Der Zugang der Gewerkschaften zu den arbeitenden Menschen im informellen Sektor ist mühsam, aber möglich und stärkt die Gewerkschaften. Für die Zukunft ist ihr Engagement in diesem Bereich entscheidend, nicht nur in Afrika, sondern weltweit. ●

Studie: Dave Spooner, John Mark Mwanika: Trade Unions in Transformation. Transforming Transport Unions through Mass Organisation of Informal Workers in Uganda, Berlin 2017
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/13643.pdf>

Britta Utz ist Gewerkschafts Koordinatorin für Subsahara-Afrika.

Mit Strategie zum Ziel

Wie Gewerkschaften chinesische Multis in Afrika in die Pflicht nehmen

Von Britta Utz



Mehr als 2000 chinesische Unternehmen investieren in Afrika oder haben dies in der Vergangenheit getan. Insbesondere in den letzten zehn Jahren hat sich das Engagement Chinas auf dem afrikanischen Kontinent vervielfacht. In vielen Ländern sind chinesische multinationale Konzerne unter den größten Arbeitgebern zu finden, vor allem im Bereich Infrastruktur und im Bauwesen. Die Arbeitsstandards auf den Baustellen sind oft gefährlich und prekär, Beschäftigte können ihre Rechte häufig gar nicht oder nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. Für afrikanische Gewerkschaften hat sich der Umgang mit chinesischen Unternehmen in der Vergangenheit als schwierig erwiesen, da es keine Tradition des sozialen Dialogs gibt und auf chinesischer Seite ein gewerkschaftlicher Partner fehlt – eine Grundvoraussetzung für das Aushandeln von globalen Rahmenabkommen.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist es afrikanischen Gewerkschaften, die alle Mitglied der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) sind, gelungen, chinesische Firmen und Subunternehmen gewerkschaftlich zu organisieren. Die Strategie, die die BHI mit Blick auf die chinesischen Unternehmen entwickelt hat, umfasst drei Schritte: erstens die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter_innen, auch wenn diese teils auf Wanderbaustellen arbeiten, zweitens das direkte Verhandeln mit den Unternehmen und drittens das Beeinflussen von Politik und Gesetzgebung auf verschiedenen Ebenen.

Konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Baugewerkschaften sind zum Beispiel Recherchen zum Arbeitsalltag auf den Baustellen und entsprechende Kampagnen über soziale Medien sowie die Gründung eines transnationalen Netzwerks der Belegschaften von chinesischen Unternehmen in verschiedenen Ländern. So haben sich bereits 50.000

Arbeitnehmer_innen organisiert und stehen in einem engen Austausch, so auch über etwaige Streikaktionen. Darüber hinaus wird die Kooperation mit anderen relevanten gesellschaftlichen Akteuren, etwa Umweltorganisationen, gesucht.

In Bezug auf Verhandlungen liegt der Schwerpunkt der BHI auf dem Abschluss von Kollektivvereinbarungen und Tarifverträgen mit chinesischen (Sub-)Unternehmen. BHI will auch direkt mit der chinesischen Regierung über ein »Memorandum of Understanding« verhandeln. Der dritte Schritt, das Beeinflussen von Politik und Gesetzgebung, geschieht vor allem durch Lobbyarbeit der Gewerkschaften gegenüber nationalen Regierungen, die gegenüber den chinesischen Unternehmen auf die Einhaltung der geltenden Arbeits- und Gesundheitsstandards pochen sollen. Auch die chinesischen Botschaften vor Ort werden einbezogen, um Verbesserungen einzufordern.

Die Arbeit der BHI ist ziemlich erfolgreich: Trotz der insgesamt schwierigen Ausgangslage konnten bereits rund 80 Kollektivvereinbarungen mit chinesischen (Sub-)Unternehmen abgeschlossen werden, zum Beispiel in Namibia, Ghana, Kenia und Uganda. Inzwischen werden die erfolgreich in Afrika getesteten Kampagnen auch auf andere Weltregionen ausgeweitet. ●

Publikation: Building and Wood Workers' International/
Friedrich-Ebert-Stiftung: Chinese MNCs in Africa:
„Privileged Bidders“ of „Auctioned Labour“, Vol. 2, 2017
www.fes-tucc.org/publications/

Britta Utz ist Gewerkschaftskoordinatorin für Subsahara-Afrika.

Hand in Hand

Mit transnationalen Partnerschaften Arbeitsstandards verteidigen

Von Wolfgang Lemb

Nationale Problemlösungen greifen in Zeiten fortschreitender Globalisierung zu kurz. Keine Gewerkschaft kann mehr allein die Arbeitsstandards verteidigen. Stattdessen geht es darum, entlang der globalen Wertschöpfungsketten globale Interessenvertretungsketten zu schmieden. Die IG Metall hat deshalb schon 2015 eine Transnationale Partnerschaftsinitiative ins Leben gerufen.

Heute sind transnational aufgestellte Unternehmen für rund 80 Prozent des Welthandels verantwortlich. Deutschland spielt im globalen Wirtschaftsgefüge eine herausragende Rolle. Auf der Liste der 30 größten transnationalen Konzerne ist Deutschland gleich mit fünf Unternehmen vertreten.

Sie planen und organisieren ihre Produktion und den Absatz ihrer Waren über Grenzen hinweg. In den exportorientierten Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie profitieren auch die Arbeitnehmer_innen von der Marktposition dieser Unternehmen. Gleichzeitig bekommen deutsche Standorte auch zu spüren, wie hoch der Wettbewerbsdruck ist, etwa weil neue Produktionsstätten zunehmend im Ausland entstehen. Kapital ist mobil, Arbeit sehr viel weniger. Damit sind die Arbeitnehmer_innen tendenziell erpressbar, zu schlechteren Konditionen zu arbeiten, wenn sie ihre Arbeit behalten wollen.

Um gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne auch im Ausland zu sichern, sind Gewerkschaften gut beraten, über den nationalen Tellerrand hinauszuschauen und starke länderübergreifende Kooperationen einzugehen. Natürlich haben wir uns auch bisher darum gekümmert, die Arbeitnehmervertretungen in diesen Konzernen zusammenzubringen, um gemeinsam dem Wettbewerbs- und Verlagerungsdruck etwas entgegenzusetzen. Jetzt aber nehmen wir im Rahmen der Transnationalen Partnerschaftsinitiative mit den Pilotprojekten in Ungarn und den USA auch die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick. Und wir sorgen mit unseren gewerkschaftlichen Partnern dafür, dass in der ebenfalls weltweit operierenden Zulieferindustrie die gewerkschaftsfreien Zonen kleiner werden.

In den globalen Gewerkschaftsföderationen, aber auch in direkter Zusammenarbeit, unterstützen wir mit Bildungs- und Organisationsprojekten den Aufbau starker Gewerkschaften. Dabei spielt die Unterstützung durch und die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine

wichtige Rolle. Auch dort, wo unser nationales oder internationales Recht nicht greift, wollen wir die grundlegenden Gewerkschaftsrechte und vernünftige Arbeitsbedingungen auf betrieblicher Ebene durchsetzen.

Mit mittlerweile über 20 globalen Rahmenvereinbarungen, die wir zusammen mit IndustriALL Global Union und der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) abgeschlossen haben, schaffen wir Voraussetzungen für die weltweite Verankerung und Stärkung von Beteiligungsrechten der Beschäftigten. Das ist bitter nötig: In mehr als 80 Prozent der Welt, oftmals in den Wachstumsmärkten, werden den Beschäftigten das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen verweigert.

In Deutschland weisen nicht nur Gewerkschaften, sondern auch die Bundesregierung, Unternehmen und Wirtschaftsverbände immer wieder darauf hin, dass Dialog und Mitspracherechte der Arbeitnehmer_innen zur Stärke der deutschen Wirtschaft beitragen. Die IG Metall und ihre Partnergewerkschaften sind überzeugt, dass hohe Beteiligungsrechte und Standards auch an Unternehmensstandorten im Ausland gelten müssen.

Dies ist jedoch längst nicht überall der Fall. Im Gegenteil: Vielerorts steht das tatsächliche Verhalten deutscher Unternehmen im eklatanten Widerspruch zu ihren Bekenntnissen und ihrer Praxis in Deutschland. Bei der Verletzung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nehmen sie seit Jahren sogar im negativen Sinne eine Spitzenposition ein. Dieser Widerspruch muss öffentlich angesprochen werden, um zu erreichen, dass der sozialen Verantwortung der Unternehmen und einer »Kultur der Mitbestimmung« künftig auch international stärker Rechnung getragen wird. ●



Wolfgang Lemb ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

INTERVIEW

»Durch den ›Eisernen Lohnvorhang‹ abgetrennt«

Warum das starke Lohngefälle zwischen West- und Osteuropa problematisch ist

Die Begeisterung für die europäische Integration hatte in Mitteleuropa immer etwas mit dem Versprechen auf Freizügigkeit und bessere Lebensbedingungen zu tun. Wurden diese Versprechen erfüllt?

Ich erinnere mich gut, wie es am Anfang war: Es war das Jahr 1989. Wir sehnten uns nach Freizügigkeit, die für uns damals unerreichbar war. Vor allem wollten wir in einer demokratischen Gesellschaft leben. Vieles davon hat sich erfüllt: Wir haben Freizügigkeit, leben in einer demokratischen Gesellschaft, werden für unsere Meinung nicht eingesperrt.

Doch Osteuropa ist auf lange Sicht weiterhin vom Westen abgetrennt – durch einen »Eisernen Lohnvorhang«. Bei Firmen, die in Westeuropa und in Osteuropa tätig sind, gibt es riesige, unerklärliche Lohnunterschiede zwischen Ost und West. Dabei gehört die Tschechische Republik zur Spitzengruppe in der EU. Obwohl wir annähernd auf 90 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts kommen, liegen die Löhne bei nur 30 Prozent des europäischen Durchschnitts. Gerade diese Dinge wirken sich sehr negativ auf die Meinung über die EU aus.

Der tschechische Gewerkschaftsdachverband ČMKOS fordert nachdrücklich die Angleichung der Löhne an westeuropäische Standards. Welches Feedback bekommen Sie auf Ihre Kampagne?

Die Unterstützung für unsere Kampagne »Ende der billigen Arbeit« ist riesig und die gesellschaftliche Anerkennung von Gewerkschaften ist bei uns deutlich gestiegen. Wir haben den Beschäftigten gezeigt, dass sie mutig sein sollen und dass sie das Recht haben, höhere Löhne zu fordern. Man warf uns vor, wir würden damit nur mehr Arbeitslosigkeit schaffen. Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit bei uns minimal und die Löhne wachsen in einem nie da gewesenen Tempo. Wir wurden zu einer Inspiration für andere osteuropäische Länder.

Ein wichtiges Thema ist die Entsendung von Beschäftigten zum Beispiel nach Deutschland. Hier geht es vor allem um Sozialdumping und Konkurrenzfähigkeit. Welche Prinzipien sollten verfolgt werden?

Das erste und grundlegendste Prinzip ist: »gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort«. Nehmen wir zum Beispiel den Hersteller Škoda, der als Teil des VW-Konzerns riesige Gewinne einfährt. Daher fordern die Beschäftigten eine angemessene Lohnerhöhung. Man muss sich klarmachen, dass sie noch nicht einmal den deutschen Mindestlohn bekommen.

Ich glaube, es ist richtig, diese unterschiedlichen Welten zusammenzubringen und zu zeigen, was die Gründe für diese Unterschiede sind. Es sind bereits 30 Jahre vergangen. Die Zeit ist reif für eine deutliche Annäherung.



Josef Stredula ist Vorsitzender des Tschechischen Gewerkschaftsdachverbands ČMKOS.

Die Fragen stellte **Katerina Smejkalova**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der FES Prag.

»Wir brauchen einen Generationswechsel«

Gespräch mit der Gewerkschafterin
Viktória Nagy



Sie sind mit Ihren 33 Jahren ein gutes Beispiel dafür, dass Gewerkschaften weiblicher und jünger werden können. Was muss geschehen, damit sich dieser Trend fortsetzt?

Wir brauchen in der Gewerkschaftsbewegung Bildungsangebote, die gezielt junge Leute motivieren, sich gewerkschaftlich zu engagieren und sich aktiv in die Entscheidungsfindung einzumischen. Um ein weiblicheres Bild der Gewerkschaften zu vermitteln, brauchen wir einen Generationswechsel, der an der Basis beginnt und sich dann auf den oberen Verbandsebenen ausbreitet.

Die Initiative der Bildungsabteilung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) halte ich für besonders gut: Ab 2018 bieten sie Bildungsmaßnahmen für Führungskräfte von Gewerkschaftsorganisationen nicht nur für Jugendliche an, sondern auch gezielt und mit spezifischen Inhalten für Frauen. Man sollte überlegen, ob und wie diese Maßnahmen auf nationaler Ebene übernommen werden könnten.

Laut Jugendausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) wirkte sich die internationale Wirtschaftskrise besonders auf junge Beschäftigte negativ aus. Bessern sich inzwischen die Chancen der »verlorenen Generation«?

Nach Angaben der OECD hat sich die Lage in den Ländern zwar stabilisiert, aber dennoch zeigen die Daten für 2016 in den 28 EU-Staaten, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Durchschnitt bei immer noch 18,7 Prozent liegt. Der Jugendausschuss überwacht im Rahmen eines Projekts die Umsetzung des sogenannten Jugendgarantieprogramms und anderer europäischer jugendpolitischer Maßnahmen auf nationaler Ebene und versucht, gute Praxisbeispiele der Mitgliedstaaten zu sammeln, die Aufmerksamkeit auf die notwendige Einbeziehung der Sozialpartner in die Entscheidungsfindung und auf die Bedeutung hochwertiger Maßnahmen zu richten.

Was fordern Sie von der Politik und den Tarifparteien?

Wir brauchen mehr Ressourcen auf europäischer wie nationaler Ebene. Nur so kann für die Jugendlichen der reibungslose Übergang von der Schule in die Arbeitswelt sichergestellt werden. Ein Mittel dazu könnte ein besser finanziertes, echtes Jugendgarantieprogramm sein, von dem auch die Umsetzung der Lohnerhöhungskampagne (#OurPayRise), die vom EGB verkündet wurde, ein Teil sein muss.

Der Jugendausschuss kämpft gegen untertarifliche Löhne, die die Arbeitnehmer_innen aufgrund ihres Alters diskriminieren. Solch ein System gibt es zum Beispiel in den Niederlanden und in Belgien. Aber auch das deutsche Mindestlohnsystem erlaubt Ausnahmen für Beschäftigte unter 18 Jahren.

Wir unterstützen zudem die Initiativen eines Qualitätsrahmens für Praktika, etwa das »European Alliance for Apprenticeships«, die dazu beitragen, dass Berufseinsteiger nicht von den Arbeitgebern ausgebeutet werden.

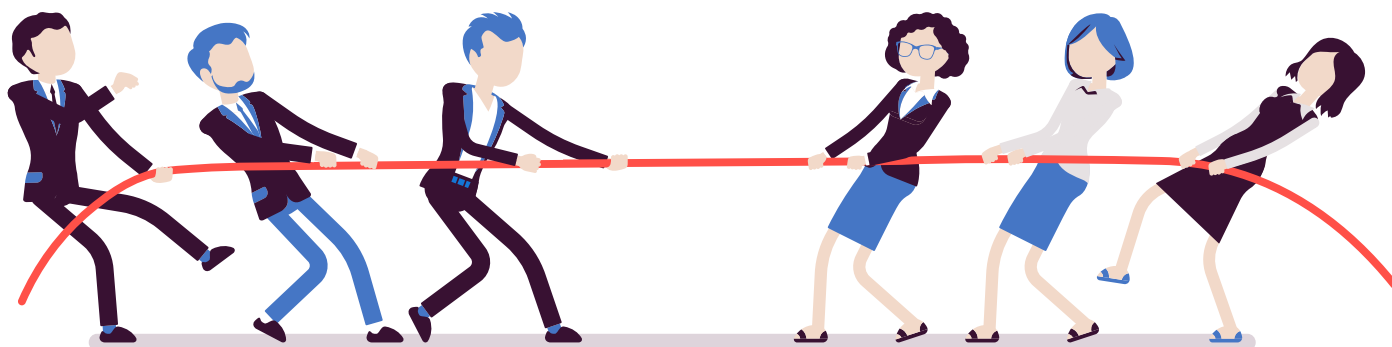


Viktória Nagy, geb. 1985, ist seit 2012 Präsidentin der Jugendsektion (SZEFIT) des ungarischen »Forum für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit« (SZEF). Seit Dezember 2017 ist sie Präsidentin des Jugendausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB).

Die Fragen stellte **Edit Nemeth**, wissenschaftliche Mitarbeiterin im FES-Büro in Budapest.

»Geschlechterverhältnisse sind Machtverhältnisse«

Didice Godinho Delgado über Gewerkschaftsmacht durch Geschlechterparität



Der Kampf für eine stärkere Beteiligung und Repräsentanz von Frauen im brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT war mühselig und dauerte 30 Jahre. Von einer rein symbolischen Vertretung über eine 30-Prozent-Quote bis zur Geschlechterparität heute: Welche Faktoren waren ausschlaggebend?

Der wichtigste Faktor war die Fähigkeit der Frauen, ihre eigene starke und aktive Organisation aufzubauen und den CUT dazu zu bewegen, die Rechte der Frauen und die Gleichstellungspolitik zu verinnerlichen und nach außen zu verteidigen. Es gibt noch weitere Faktoren, diese führten aber nicht automatisch zur Parität. Erstens, der CUT war schon immer eine linksorientierte Organisation. Demokratie und Gleichheit zählen zu seinen Grundsätzen. Zweitens hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in Brasilien seit den 1970er-Jahren deutlich erhöht. Dadurch kam es auch zu einer stärkeren weiblichen Beteiligung beim CUT.

Wie konnten Sie die Widerstände überwinden?

Ein wichtiges Instrument zur Überwindung von Widerständen und zum Aufbau von Allianzen ist die Strategie, die die Nationale Frauenrechtskommission angewandt hat. Diese Strategie umfasst drei Punkte: Erstens, arbeite in den Strukturen, um sie zu ändern. Jedes Thema rund um die Geschlechterproblematik wurde debattiert, verhandelt und den Entscheidungsgremien zur Bestätigung vorgelegt. Zweitens, die Leiterinnen der Frauenorganisation haben sich nach außen hin immer geschlossen gezeigt, obwohl sie sehr verschiedene politische Orientierungen hatten. Diese geschlossene Front hat sie dazu befähigt, die Verhandlungen mit den männlichen Gewerkschaftsführern zu führen. Drittens, ein starkes Netzwerk verbindet die Gewerkschafterinnen aller Branchen im ganzen Land und unterstützt sie bei Debatten und Maßnahmen zur Gleichstellungspolitik auf nationaler und regionaler Ebene.

Sie sagen, dass mehr Macht für Frauen im CUT auch zu einer größeren Akzeptanz der Gewerkschaft in der Gesellschaft geführt hat. Woran erkennt man das?

Der beste Beweis ist, dass der CUT zu einem weithin anerkannten Verfechter der Rechte von Frauen in Brasilien geworden ist und die Perspektive der Arbeitswelt so auch in diese Bereiche einbringt. Außerdem hat der CUT ein enges Verhältnis zur Frauenbewegung aufgebaut, was eher ungewöhnlich für Gewerkschaften ist. Als Ausdruck dieser Verflechtung wurden Themen wie Feminismus, das Recht auf Abtreibung und der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen in das Programm des Verbands aufgenommen.

Sowohl Maßnahmen der Aktivisten als auch Instrumente wie die Quote müssen kombiniert werden. Stimmt das?

In der Tat glaube ich nicht, dass die Gleichstellung auf Entscheidungsebene ohne verpflichtende Quote oder Parität erreicht werden kann. Geschlechterverhältnisse sind Machtverhältnisse: Man sieht es nicht häufig, dass Männer ihre Macht freiwillig mit Frauen teilen. Gleichzeitig ist eine starke Frauenorganisation absolut entscheidend, um die Gleichberechtigung in Gewerkschaften zu verbessern, selbst wenn Geschlechterparität schon erreicht wurde.



Didice Godinho Delgado ist eine brasilianische Sozialarbeiterin, frühere Gewerkschaftsführerin und die erste Koordinatorin des nationalen Komitees arbeitender Frauen des brasilianischen Gewerkschaftsbunds CUT (1987–1993). Sie lebt in Berlin.

Die Fragen stellte **Mirko Herberg**, Projektleiter Globale Gewerkschaftspolitik.

»Sozial ist da gar nichts«

Gewerkschafterin Annelie Buntenbach über den Einfluss rechter Gruppen auf Betriebe



Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen gab es Versuche von rechts, eigene Listen oder sogar »patriotische« Gewerkschaften aufzustellen. Ist der Rechtsruck, den wir bei den Bundestagswahlen beobachten konnten, auch in den Betrieben angekommen?

Verschiedene rechte Gruppen hatten dieses Mal offensiv und unter gemeinsamem Label dazu aufgerufen, mit eigenen Kandidat_innen bei den Betriebsratswahlen anzutreten. Das ist ihnen aber nur in wenigen Betrieben gelungen. Erste Ergebnisse zeigen, dass sie keineswegs die von ihnen erhofften Zugewinne hatten. Hier erleben wir also keinen Rechtsruck. Es gibt seit einigen Jahren vereinzelte Betriebsräte, die keiner DGB-Gewerkschaft angehören und zum Teil in der nationalen und internationalen Naziszene vernetzt sind. Wir haben das immer sehr ernst genommen – vor dem Hintergrund der Erfolge der Alternative für Deutschland (AfD) natürlich umso mehr.

Wie versuchen Rechtspopulist_innen, gewerkschaftliche Themen zu besetzen?

Ein Beispiel: Letztes Jahr bei einem Schweigemarsch in Erfurt für den Erhalt des Siemens-Generatorenwerks, den die IG Metall organisiert hatte, tauchte fünf Minuten vor Beginn Björn Höcke mit einigen Kameraden auf und stellte sich mit AfD-Fahnen und Regenschirmen direkt an das Frontbanner. Nachdem sie genügend Fotos hatten, ließen sie sich zurückfallen und waren kurz darauf verschwunden. In den sozialen Medien inszenierten sie sich scheinheilig mit diesen Fotos als »Kümmerer für deutsche Arbeitsplätze«. Dabei hatten sie kurz vorher noch in Parlamentsdebatten die unternehmerische Freiheit von Siemens, auch Standorte zu schließen, erbittert verteidigt. Immer wieder versuchen Rechte, soziale Themen zu besetzen, aber sozial ist da gar nichts. Von der AfD wären massive Rentenkürzungen zu erwarten, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenversicherung steht im Programm.

Wie gehen die deutschen Gewerkschaften damit um?

Das Engagement gegen Rassismus und die extreme Rechte hat bei uns eine lange Tradition. Gewerkschafter_innen engagieren sich jeden Tag am Arbeitsplatz, aber auch bei Demos in der Öffentlichkeit. Um in dieser Auseinandersetzung zu bestehen, ist nicht allein die demokratische Haltung wichtig, also zu zeigen, wie viel schöner eine freie, soziale, solidarische und kulturell vielfältige Gesellschaft ist. Es geht auch darum, die Akteure, Argumente und Strategien der Rechten zu kennen.

Rund 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben bei der letzten Bundestagswahl die AfD gewählt. Was bedeutet das für den Zusammenhalt?

Solidarität bleibt ein Grundpfeiler der Gewerkschaften. Gerade deshalb ist die hohe Zustimmung zur AfD in der Arbeitnehmerschaft – auch unter gewerkschaftlich Organisierten – für uns eine echte Herausforderung. Für die Gewerkschaften heißt das: aktive Auseinandersetzung mit dem Thema, sorgfältiger Umgang mit Sprache und eine Organisationskultur, die Rassismus sehr bewusst und in offener Auseinandersetzung nicht zulässt.



Annelie Buntenbach ist Mitglied des Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).

Die Fragen stellte **Stefanie M. Moser**, Referentin in der Abteilung Wirtschaft und Soziales.

Gute Arbeit auch für Migrant_innen

Afrikanisch-europäisches Gewerkschaftsnetzwerk setzt Maßstäbe

Von Hannah Steinfeldt und Sami Adouani



Internationale Migrationspolitik steht am Scheideweg: Der Sicherheitsdiskurs hat die Debatte in vielen Regionen fest im Griff, allen voran in Europa. Die Chancen und das Potenzial, die Migration bieten, geraten immer mehr in den Hintergrund, genau wie die Rechte der Arbeitsmigrant_innen. Debatten um die Regulierung von Migration, etwa um den Globalen Pakt für Migration, der gegenwärtig unter der Ägide der Vereinten Nationen ausgehandelt wird, leiden darunter, dass viele Regierungen Migrationsfragen ausschließlich durch die getrübbte Sicherheitsbrille betrachten.

All dies spricht dafür, dass wir die Regulierung von Migration nicht allein den Regierungen überlassen sollten. 2014 entstand auf Initiative des tunesischen Gewerkschaftsverbands das Gewerkschaftsnetzwerk für Migration im Sahara-Mittelmeer-Raum. Die 21 Gewerkschaften aus 13 Ländern, die heute im Netzwerk vertreten sind, eint der politische Wille, Rechte von Arbeitsmigrant_innen besser zu schützen und der Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken.

Gemeinsam mit internationalen Partnern wie der FES setzen sich die Gewerkschaften des Netzwerks für eine Migrationsgestaltung ein, die die Rechte von Migrant_innen schützt und das Potenzial von Migration anerkennt. Internationale Konventionen werden dabei genutzt, um Druck auf Regierungen und Regionalorganisationen auszuüben. Die Konventionen dienen darüber hinaus dazu, Migrant_innen über ihre Rechte aufzuklären und bei anderen Gewerk-

schaftsmitgliedern Bewusstsein für die Situation der Migrant_innen zu schaffen.

Der Austausch im Gewerkschaftsnetzwerk ermöglicht ganz neue Perspektiven: Fast alle beteiligten Länder sind zugleich Herkunfts-, Transit- und Zielländer. So können die Gewerkschaften von den Erfahrungen der anderen Länder lernen, etwa in Bezug auf Integrationspolitik oder bilaterale Migrationsabkommen.

Die Netzwerkmitglieder suchen nach konkreten, kreativen Lösungen für Migrationsabkommen, verurteilen öffentlich einseitig auf Sicherheit ausgerichtete Regierungsmaßnahmen und entwickeln Ideen, wie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in den eigenen Reihen bekämpft werden können. Auch für die große politische Bühne hat das Netzwerk zahlreiche Vorschläge: Zuletzt reichte es bei der UN-Sonderbeauftragten für internationale Migration, die die Verhandlungen des Globalen Paktes leitet, eine Stellungnahme ein. ●

Hannah Steinfeldt ist Gewerkschaftsordinatorin der FES für den Nahen Osten und Nordafrika.

Sami Adouani ist Leiter des FES-Projekts PROMIG in Tunis, das ein Gewerkschaftsnetzwerk nord- und westafrikanischer sowie europäischer Gewerkschaften unterstützt.

VON TRIER IN DIE WELT



Universal
gelehrt

DREAM
TEAM

Friedrich

Karl

Jenny

Jenny

(PACS PAU)

Laura

Eleanor

Karl

Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute

Die neue Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus in Trier

Von Elisabeth Neu und Dr. Ann-Katrin Thomm

Aus Anlass des 200. Geburtstags von Karl Marx eröffnete die Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. Mai 2018 eine neue Dauerausstellung in dessen Geburtshaus in Trier. Die Schau widmet sich der Person Karl Marx, dem Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker des 19. Jahrhunderts sowie der Wirkung seiner Ideen bis heute in globaler Perspektive.

Die Ausstellung ist in drei Teile gegliedert. Der Fokus des ersten Teils liegt auf der **Biografie** von Marx und auf seiner Familie. Das Leben als staatenloser Exilant und die darauf fußenden Horizonterweiterungen werden veranschaulicht. Der zweite Bereich der Ausstellung nähert sich dem marx-schen **Werk** über seine wichtigsten Arbeitsfelder Philosophie, Gesellschaftswissenschaft, Ökonomie und Journalismus. Eine interaktive Medienstation thematisiert seine radikalen Analysen der kapitalistischen Gesellschaft und die zugespitzten Thesen, mit denen er im 19. Jahrhundert provozierte. So entsteht das Bild eines wissbegierigen Menschen, der sein Großprojekt »Das Kapital« nicht abschließen kann. Als Marx 1883 stirbt, ist nur ein Teil von dem, was er geschrieben hat, veröffentlicht, vieles fragmentarisch und einiges widersprüchlich.

Das Besondere an der neuen Ausstellung ist aber der dritte Teil: die **Wirkungsgeschichte** der marx-schen Ideen, die in Marx' Geburtshaus erstmals bis in unsere Gegenwart dargestellt wird. Im 19. Jahrhundert gibt Marx der entstehenden Arbeiterbewegung wichtige Impulse. Er beschreibt erstaunlich realistisch künftige wirtschaftliche und soziale Prozesse wie die Globalisierung, kann aber die tatsächlichen Entwicklungen bis zum 21. Jahrhundert nicht vorhersehen. Marx hinterlässt kein abgeschlossenes Lehrgebäude und ist erst recht kein Prophet. Die nachfolgenden Generationen füllen die Leerstellen. Während die einen Marx nutzen, um Gewalt und Diktatur auf dem Weg zum Kommunismus zu rechtfertigen, begeben sich andere – unter ihnen die deutsche Sozialdemokratie – im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auf den parlamentarisch-demokratischen Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft. Im Schatten der Sowjetunion und Chinas sowie durch politische Bewegungen und Intellektuelle im Westen werden marx-sche Ideen nach 1945 globalisiert. Schließlich wendet sich die Ausstellung den weltweiten Entwicklungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu: Obwohl viele Marx für erledigt halten, bleiben er und seine Thesen in Zeiten des globalisierten Kapitalismus aktuell.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 erlebt Marx eine Renaissance. Deshalb endet die Ausstellung

mit einem Blick auf unsere Gegenwart: In was für einer Welt leben wir und in was für einer Welt möchten wir leben? Marx tritt als Impulsgeber für eine aktualisierte Analyse und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts hervor. Seine Gesellschafts- und Kapitalismuskritik sind eine Aufforderung an uns: die heutige Welt und die verborgenen Strukturen zu begreifen, um sie zu verändern und die Menschen aus ausbeuterischen Lebensverhältnissen zu befreien.

Die neue Dauerausstellung überzeugt durch eine moderne, helle Ausstellungsgestaltung und durch außergewöhnliche Originale: Eine deutsche Erstausgabe von »Das Kapital«, ein handschriftlicher Briefentwurf von Marx sowie seine Taschenuhr sind darunter. Einzigartig ist auch das Gebäude selbst: Das Geburtshaus ist das größte Exponat. In einer eigenen Ausstellungsspur, die sich durch das ganze Haus zieht, erfahren die Besucher_innen viel Wissenswertes über seine Geschichte.

Das bedeutendste Objekt ist sicherlich der Sessel aus Marx' Londoner Privatwohnung, den die FES 2014 von den Nachfahr_innen für die neue Dauerausstellung erwarb. In diesem Sessel hat Marx viel Zeit mit Lesen verbracht und er ist (sehr wahrscheinlich) auch 1883 in diesem Sessel gestorben. Die Ausstellung inszeniert den Sessel symbolisch und als persönlichen Moment mit Marx: Zwar starb Marx, seine Ideen aber leben weiter.

Die Ausstellung wird begleitet von spannenden museums-pädagogischen Angeboten, insbesondere für Schulen.
Mehr zum Museum Karl-Marx-Haus unter
→ www.fes.de/museum-karl-marx-haus/.

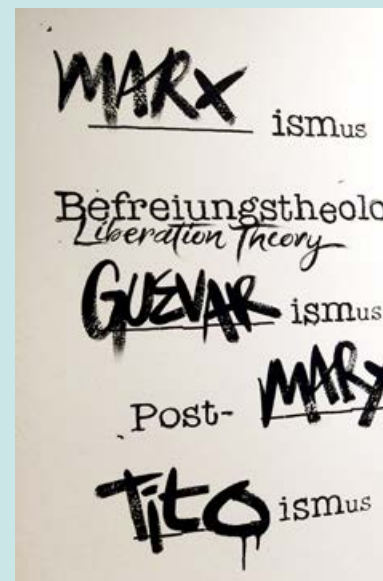


Elisabeth Neu (links) ist seit 38 Jahren im Museum Karl-Marx-Haus tätig und hat 2014 dessen Leitung übernommen.

Dr. Ann-Katrin Thomm ist die Kuratorin der neuen Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus.

Ein besonderer 5. Mai

Feierliche Eröffnung der Dauerausstellung

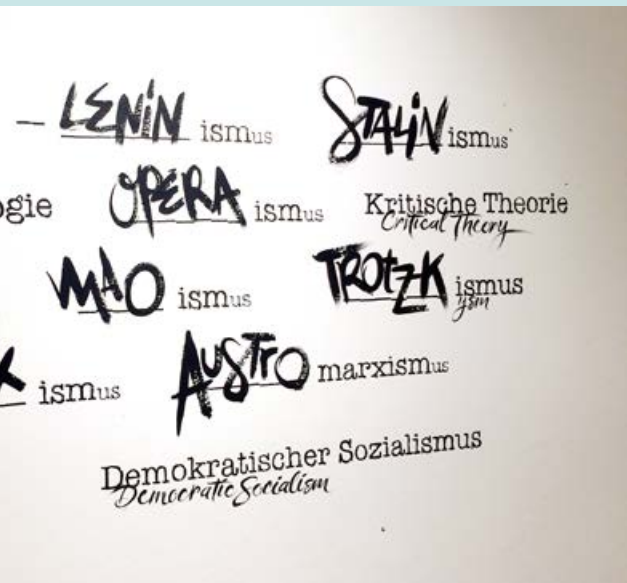


Näheres zum Jubiläumsprogramm

Das umfangreiche, weltweit ausstrahlende Jubiläumsprogramm der FES ist abrufbar unter
→ www.karlmarx2018.de.

#marx2018

KARLMARX2018.DE



Weitere Ausstellungen in Trier

Die Kooperationspartner_innen der FES präsentieren zum Marx-Jubiläum weitere Ausstellungen in Trier.



Die Landesausstellung »Karl Marx 1818–1883. Leben. Werk. Zeit.« ist im Rheinischen Landesmuseum und im Stadtmuseum Simeonstift zu sehen.



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG
UND KULTUR



Die Schau im Museum am Dom dreht sich um den »LebensWert Arbeit«.



Nähere Informationen unter
→ www.karl-marx-ausstellung.de.

Marx und wie er die Welt sah

Ulrike Herrmann und Michael Quante
über Karl Marx' Wirken heute



In diesem Jahr steht der 200. Geburtstag von Karl Marx an. Was macht den großen Kapitalismuskritiker heute wieder populär?

Ulrike Herrmann: Marx hat eine Zukunft des Kapitalismus entworfen und beschrieben, die auch im 21. Jahrhundert nicht gestrig, sondern höchst vertraut wirkt. Er hat gezeigt, dass der Kapitalismus global ist und nicht an den Grenzen Deutschlands endet. Er hat als Erster richtig herausgearbeitet, dass die Technik mehr ist als nur ein Hilfsmittel: Es sind die technischen Innovationen, die den Kapitalismus treiben und die Gesellschaft permanent umwälzen.

Marx hat auch das Gefühl der Entfremdung auf den Punkt gebracht: Der Kapitalismus ist stärker als der Einzelne. Ob Kapitalist oder Proletarier: Die Menschen sind nur »Charaktermasken«, Rädchen im Getriebe, die die Systemlogik umsetzen.

Zudem war Marx einfach ein grandioser Stilist. Seine Texte sind zum Teil von biblischer Sprachgewalt. Manche seiner Sätze sind in den universellen Zitatenschatz eingegangen wie etwa »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern«.

Michael Quante: An der Oberfläche sind es die vielen Krisen, die wir seit gut zehn Jahren weltweit, aber auch hautnah in Europa und, denken Sie an die Flüchtlingskrise oder islamistische Terroranschläge, bei uns in Deutschland erleben. Angesichts dieser Phänomene ahnen viele Menschen, dass eine ungezügelter kapitalistischer Weltordnung hochgradig problematisch ist. Tiefergehend liegt Marx' Aktualität in einer umfassenden Kritik an der Lebensform, die Menschen in einer kapitalistischen Welt entwickeln. Egoismus, Entsolidarisierung und maßloses Streben nach materiellen Gütern sind Phänomene, die Marx auf der Grundlage einer philoso-

phischen Anthropologie als scheiterndes menschliches Leben analysiert hat. Nicht nur die globale ökologische Krise belegt eindrücklich, dass die Mentalität des »Geiz-ist-geil!« enorm problematisch ist. Marx hat mit philosophischen Mitteln gezeigt, dass dieses Verhalten seinen Ursprung in dem Design unserer sozialen Institutionen hat. Dieses muss verstanden und verändert werden.

Tiefergehend liegt Marx' Aktualität in einer umfassenden Kritik an der Lebensform, die Menschen in einer kapitalistischen Welt entwickeln.

Geht »Das Kapital« in die philosophische Bibliothek oder in die der Wirtschaftswissenschaften?

Michael Quante: Selbstverständlich gehört »Das Kapital« in beide. Vom Theorietyp her ist dieses Werk jedoch genuin philosophisch. Bei seinem Forschungsprogramm einer Kritik der politischen Ökonomie handelt es sich um eine kritische Sozialphilosophie, nicht um eine Einzelwissenschaft (wie etwa die Wirtschaftswissenschaften oder die Soziologie). Karl Marx hat seine Theorie nicht mehr als Philosophie verstanden. Aber er hatte dabei eine bestimmte Konzeption von Philosophie vor Augen. Eine idealistische Philosophie hegelischer Art wollte er in der Tat nicht mehr betreiben. Doch er verfolgt in zwei Hinsichten ein philosophisches Programm: Als Kritik enthält seine Analyse des Kapitalismus normative Geltungsansprüche, die von empirischen Einzelwissenschaft-



ten gar nicht eingelöst werden können. Außerdem will er die Grundkategorien und die sich ausdifferenzierenden Phänomene als Momente einer zugrunde liegenden Totalität verständlich machen. Diesem Methodenideal ist keine Einzelwissenschaft verpflichtet.

Ulrike Herrmann: Dieser Gegensatz zwischen Philosophie und Wirtschaftswissenschaft stellt sich bei Marx nicht. Die Volkswirtschaftslehre ist erst langsam zu einer eigenen Disziplin geworden. Eine Zäsur war das Jahr 1903, als das Fach ein eigenständiges Prüfungsfach in Cambridge wurde. Die größten Ökonomen stammen daher allesamt aus anderen Fächern: Adam Smith und Karl Marx waren Philosophen, John Maynard Keynes war promovierter Mathematiker.

Heute gehört »Das Kapital« aber eindeutig in die Ökonomie. Marx wollte gerade keine normativen Aussagen über den Kapitalismus machen, sondern ihn verstehen und analysieren. Er suchte nicht nach Schuldigen, unterschied nicht zwischen Gut und Böse. Die Kapitalisten sind bei ihm keine verdammenswerten Ausbeuter, sondern ebenfalls Gefangene des Systems.

Was können wir heute von Marx lernen?

Ulrike Herrmann: Im »Kapital« hat Marx mindestens drei wesentliche Erkenntnisse formuliert:

Erstens: Der Kapitalismus ist kein Zustand, sondern ein permanenter Prozess. Vermögen »an sich« gibt es nicht, sondern es behält nur dann seinen Wert, wenn Geld und Gewinne permanent neu investiert werden. Einkommen ist niemals garantiert, sondern entsteht erst durch die Produktion.

Zweitens: Der Kapitalismus wird getrieben durch den Einsatz von Technik (und Energie). Marx hat sich lebenslang für Technik interessiert und das revolutionäre Potenzial klar erkannt.

Drittens: Der Kapitalismus ist zutiefst dialektisch. Ausgerechnet der Wettbewerb führt dazu, dass am Ende kein Wettbewerb mehr übrig bleibt, sondern wenige Großkonzerne ihre Branche beherrschen. Wie Marx richtig beschrieben hat, zählt sich Größe aus: Je mehr Stück produziert werden, desto billiger wird die eingesetzte Technik pro Stück. Es überleben also immer nur die größten Konzerne. Am Ende steht das Oligopol.

Michael Quante: »Wir« als Philosophen können lernen, unsere Wirklichkeit kritisch im Lichte eines für alle Menschen gelingenden Lebens zu analysieren. Dies kann Philosophie nur leisten, wenn sie sich empirisch informiert und interdisziplinär vernetzt. »Wir« als Gesellschaft können lernen, wo Stärken, Schwächen und Grenzen unserer modernen Gesellschaftsordnung liegen. Das ist mit einem selbstzufriedenen »Weiter so!« oder einem resignativen »Das ist alternativlos!« unvereinbar.

»Wir« als Einzelne können lernen, dass sich individuelle Lebensführung und soziale Verhältnisse gegenseitig grundlegend bedingen. Über die Verhältnisse zu klagen, ohne das eigene Verhalten verändern zu wollen, ist unangemessen. Die umgekehrte Forderung einer moralischen Läuterung, die an den bestehenden Produktionsverhältnissen nichts ändern will, aber auch. Die wichtigste Lektion ist: Wir können unsere Welt verändern. Dafür gibt es keine fertigen Rezepte. Es kommt darauf an, sich seines eigenen Verstandes kritisch zu bedienen.

Beide Gesprächspartner_innen haben sich auch im Rahmen der Ringvorlesung »Klasse, Kapital und Revolution. 200 Jahre Marx« der Akademie für Soziale Demokratie im Wintersemester 2017/18 an der Universität Bonn mit der heutigen Bedeutung von Marx beschäftigt. Alle Vorträge der Ringvorlesung sind zu finden unter:

→ www.fes-soziale-demokratie.de/marx.html



Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der »taz« und Sachbuchautorin. 2016 erschien ihr Buch »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können«.

Michael Quante ist Professor für Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Autor zahlreicher Sachbücher. Zuletzt erschienen ist von ihm »Der unversöhnte Marx. Die Welt in Aufruhr«.

Die Fragen stellte **Thomas Hartmann**, Referent in der Akademie für Soziale Demokratie.

»Süßes Herzens-Jennychen«

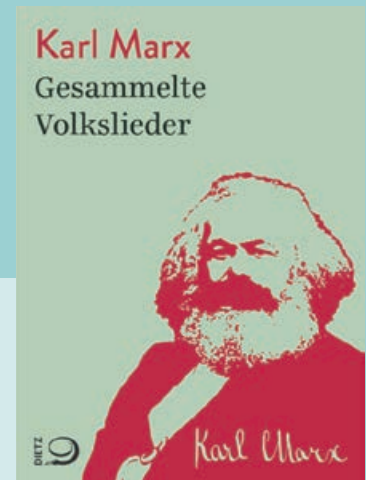
Lesenswerte Publikationen zum Marx-Jubiläum

Von Claudia Detsch, Philipp Kufferath und Britta Marzi

Karl Marx: Gesammelte Volkslieder

Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2018

Seine gesammelten Werke sind weltberühmt. Die Volkslieder, die Karl Marx als 20-Jähriger für Jenny von Westphalen sammelte, zeigen hingegen eine andere Seite des Theoretikers. In einem verzierten Oktavband, der sich heute in Privatbesitz befindet, hielt der junge Liebhaber 1839 Volkslieder aus deutschen Mundarten und Ländern fest. Und er versah einige mit persönlichen Variationen für sein »süßes Herzens-Jennychen«. Ob die Verlobte aber tatsächlich die Blütenblätter eines Kornblümchens ausriss, um seine Treue zu prüfen, erfahren wir nicht. Wohl aber das von ihm erhoffte Resultat: »Du bist mir treu, Karl, treu bist du mir!« *Philipp Kufferath*



Karl Marx: Weltgericht. Dichtungen aus dem Jahre 1837

Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2018

Die frühen Gedichte von Marx von 1837 handeln von der Liebe zu seiner Jenny sowie von den Schwierigkeiten im Umgang mit dem Vater, dem es schwerfiel, die ambitionierten künstlerischen und akademischen Karrierepläne seines Sohnes zu akzeptieren. Die Verse geben keinen Vorgeschmack auf das spätere Wirken und Werk des Revolutionärs, sondern sind Ausdruck der stürmisch-romantischen Sinn- suchte eines jungen Mannes im Vormärz. Und sie sind durchaus humorvoll. So heißt es in der »Medi- ziner-Ethik«: »Auf Reisen müßt mehre Hemden tragen, / Damit der Schweiß nicht kann zurückschlagen, / Hüth' euch vor solcher Leidenschaft, / Die Grimmen in Bauch und Därmen schafft / Laßt eure Augen nie dahin schweifen / Wo Flammen ihnen an's Leben greifen / Mischt gehörig Wasser und Wein / Gießt in den Kaffee Milch hinein / Vergeßt nicht, uns rufen zu lassen, / Wollt ihr euch für das Jenseits fassen.« *Philipp Kufferath*



Ein Bild von Karl Marx ... entwerfen. Kunst_historische Perspektiven

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2018
(im Erscheinen)

Ein Tagungsband mit acht Aufsätzen renommierter Wissenschaftler_innen dokumentiert das Symposium »Ein Bild von Karl Marx ... entwerfen«, das am 7. Mai 2016 in Trier stattfand. Anlass war die Enthüllung einer Marx-Büste des französischen Bildhauers und Marx-Urenkels Karl-Jean Longuet im Innenhof des Karl-Marx-Hauses. Die Texte befassen sich mit Geschichte und Politik im Werk von Karl-Jean Longuet, mit der Bildnisbüste als Medium des Nachruhs und mit politischen Bildnissen der 1920er- bis 1950er-Jahre. Weitere Themen sind Darstellungen von Marx in der Bildhauerei der DDR, die chinesische Engels-Statue für Wuppertal, Marx als Erinnerungsort in Karlsbad und Prag und Marx im öffentlichen (Erinnerungs-)Raum. *Britta Marzi*

Marx reloaded. Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte

10/2017

Etwas nüchterner werden in insgesamt 14 Beiträgen eines Themenhefts der »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« die Aktualitätsbezüge im Werk des »Meisterdenkers« (Chefredakteur Thomas Meyer) einer Prüfung unterzogen. Die angesprochenen Fragen betreffen Ökologie und Feminismus, Kybernetik und Religion, Kommunismus und Kultur. Sowohl die umkämpfte Rezeptionsgeschichte, die Indienstnahme der Schriften von Marx und Friedrich Engels für höchst unterschiedliche politische Entwürfe, Organisationen und Systeme als auch deren prognostisches Potenzial für die großen gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen werden kenntnisreich aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.
Philipp Kufferath



Nueva Sociedad Heft 277

September/Oktober 2018 (im Erscheinen)

Obwohl er sich in seiner Arbeit mit Lateinamerika nicht befasste, war und ist Karl Marx doch relevant für die stark von sozialer Ungleichheit geprägte Region. Schon früh wurden seine Texte von Anhängern wie Gegnern intensiv diskutiert. Während des gesamten 20. Jahrhunderts diente der Marxismus als theoretischer Bezugspunkt bewaffneter Revolutionen, kultureller Bewegungen und von Arbeiteraufständen. Heute hat der Marxismus in Lateinamerika nicht mehr die einstige herausgehobene Rolle im kritischen Denken, aber das kritische Denken ist ohne Marx nicht vorstellbar. Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Zeitschrift »Nueva Sociedad« wird daher 2018 Marx eine Ausgabe widmen und debattieren, welche Antworten auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen unserer Zeit sich bei Marx finden lassen. *Claudia Detsch*

Claudia Detsch ist Herausgeberin der Zeitschrift »Nueva Sociedad«.

Dr. Philipp Kufferath ist Geschäftsführender Herausgeber des »Archivs für Sozialgeschichte« und Referent im Referat Public History.

Dr. Britta Marzi koordiniert im Projekt »Marx 2018« Publikationen und Online-Kommunikation und ist Projektmitarbeiterin im Referat Public History.



Diese und weitere Publikationen
sind hier zu finden:
→ www.fes.de/marx2018/publikationen/



Flucht, Migration, Integration

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt einen Schwerpunkt auf die Themen Flucht, Migration und Integration.

Menschen waren, sind und werden immer in Bewegung sein – aus unterschiedlichsten Gründen. Migration und Mobilität sollten daher global gerecht gestaltet werden. In Deutschland setzen wir uns für eine Einwanderungsgesellschaft ein, die auf den Grundwerten und Prinzipien der Demokratie beruht und allen Menschen eine chancengleiche Teilhabe ermöglicht.

Dies ist für uns keine Utopie, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Weitere Informationen, Veranstaltungen und Publikationen der FES zu diesem Themenbereich finden Sie unter www.fes.de/fmi.

Was eint, was trennt in der Einwanderungsgesellschaft?

Von Dietmar Molthagen

Im Februar 2017 hat eine Expert_innenkommission ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft vorgestellt. Ein Jahr später hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auf einer Konferenz nachgefragt, wie sich die Diskussion um Migration und Integration seither entwickelt hat.

Unser Leitbild formuliert ein positives Bekenntnis zu Vielfalt, mit gleichberechtigter Teilhabe für alle. Denn Herkunft darf kein Schicksal sein, weder die soziale, noch die geografische!« So ruft die scheidende Staatsministerin für Integration Aydan Özoğuz, MdB, die Bedeutung des im letzten Jahr vorgelegten Leitbilds in Erinnerung. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und mangelnder Solidarität ist ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt kein politischer Slogan, sondern eine Notwendigkeit, um eine gerechte und friedliche Gesellschaft zu verwirklichen. Dies ist nicht leichter geworden, da die Abwertung gegenüber Geflüchteten, Muslimen, Juden oder Kindern von Einwanderern zugenommen hat. Einwanderung ist aber Realität in Deutschland. Daher müssen Migration und Integration gestaltet werden, um die positiven Seiten von Einwanderung erfahrbar zu machen.

Politische Vorschläge

Bei der zweiten Konferenz in der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende Februar 2018 wurden Vorschläge erarbeitet, wie ein besseres Miteinander in Vielfalt umgesetzt werden kann: So kann man Sprachförderung und Berufserfahrungen für Geflüchtete und Neueinwanderer besser verbinden. Im Bildungssektor ist der Ruf nach mehr Personal und Geld vielerorts nicht umgesetzt und daher weiterhin richtig. Außerdem muss der Bewusstseinswandel vollzogen werden, dass Schulen und andere Bildungseinrichtungen keine Sonderprogramme für Einwandererkinder benötigen, sondern die Fähigkeit entwickeln müssen, mit Vielfalt umzugehen. Um das zu erreichen, benötigen Lehrkräfte entsprechende Aus- und Fortbildungen, wie auch die Agenda der FES-Kommission fordert.

Der kontrovers aufgenommene Vorschlag eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer_innen wurde ein Jahr später erneuert. Dr. Deniz Nergiz vom Bundeszuwande-

rungs- und Integrationsrats forderte dies ebenso wie die schnellere Einbürgerung. Beides trage dazu bei, dass Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte besser mitbestimmen können. Dies stärke sowohl deren Zugehörigkeitsgefühl als auch die Repräsentativität der Demokratie.

Absage an »Leitkultur«

Die zuletzt wieder in die Diskussion gebrachte Idee einer »Leitkultur« ist demgegenüber nicht hilfreich, da sie festlegen möchte, was und wer dazu gehört und wer nicht. Dazu Staatsministerin Aydan Özoğuz: »Wir wollen unser integratives, weltoffenes Land gegen die Spalter verteidigen. Die Leitkultur ist keine Antwort: Einerseits konnte bisher niemand schlüssig definieren, wer oder was genau zur Leitkultur gehören soll. Andererseits sind alle bisherigen Versuche einer Konkretisierung nach dem Motto »Wir geben uns die Hand« wirklich nicht überzeugend.« Das Leitbild hingegen denkt inklusiv und partizipativ. Zugleich benennt es die verbindlichen Regeln des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft und gibt Orientierung. ●

Dr. Dietmar Molthagen ist Referent im Forum Berlin.



Publikation: Miteinander in Vielfalt.
Leitbild und Agenda für die
Einwanderungsgesellschaft.
Ergebnisse einer Expert_innenkommission
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2017

→ www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=13185&ty=pdf

Weitere Informationen:

→ www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/leitbild-miteinander-in-vielfalt/

Neuunternehmer als Integrationsvermittler

Wie mit guten Ideen die Integration erleichtert werden kann

Von Sima Gatea

Als Dr. Fadi Alshalabi sich dazu entschloss, Niuiversity zu gründen, standen für ihn die Bedürfnisse junger, arbeitsloser arabischsprachiger Neuangekommener in Deutschland im Vordergrund. Er hatte bereits einen Großteil seines Lebens als Hochschuldozent und in der Hochschulverwaltung verbracht und wirkte an vielen großen Universitäten Syriens am Aufbau von Karrierezentren für Studierende mit.

2014 verließ Alshalabi Syrien und zog nach Deutschland, um eine Forschungsstelle an der Technischen Universität Berlin anzunehmen. Durch eine zufällige Begegnung mit einigen seiner ehemaligen Studierenden der Universität Damaskus begann Alshalabi, seine Vision zu erweitern. Die Geschichten seiner ehemaligen Studierenden von Angst, Langeweile und Frustration über die Unmöglichkeit, einen anständigen Job zu finden, zeigten die harte Realität vieler in Deutschland lebender Geflüchteten. Selbst Hochschulabsolvent_innen und erst recht Studierende, die noch vor dem Studienabschluss fliehen mussten, finden nur schwer Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

Niu was?

Wie der Name schon sagt, will Niuiversity eine neue Art des Lernens jenseits des traditionellen Universitätsstudiums anbieten. Ziel ist es, die hohe Arbeitslosenquote unter den arabischsprachigen Jugendlichen zu bekämpfen. Ihnen sollen die beruflichen Fähigkeiten vermittelt und Zertifikate ausgestellt werden, die sie benötigen, um auf dem heutigen Arbeitsmarkt zu bestehen. Bei Niuiversity sind Lernmöglichkeiten leichter zugänglich: Kurse finden online statt und es wird Unterstützung in Arabisch angeboten. Nach Aussage von Alshalabi und seinem Team ist die Beratung der Studierenden in ihrer Muttersprache das, was der bisherigen Online-Ausbildung fehlt. Alle großen Plattformen sind auf Englisch, es gibt kein arabisches Äquivalent.

Neuankömmlinge als Unternehmer

Alshalabi ist nur einer von vielen zugewanderten Unternehmer_innen, die mithilfe ihrer Erfahrungen aus der Vergangenheit und Gegenwart neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen an Orten schaffen, die sie Zuhause nennen. Er ist Alumni von Ideas in Motion – jetzt SINGA Business Lab –, dem ersten Gründerzentrum in Berlin, das mit und für neu angekommene Existenzgründer_innen aufgebaut wurde. In Form von Workshop-Modulen, Mentoring und Netzwerk-Veranstaltungen mit Berliner Unternehmer_innen begleitet das fünfmonatige Programm die Teilnehmer_innen von der Geschäftsidee bis zum Betriebsstart.



Durch die Förderung von solchen Konzepten erforscht SINGA auch neue Ansätze der Integration im Allgemeinen. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, wie Zugewanderte und Geflüchtete sich anpassen können, um sich in die vorgefundene, angeblich feste und unveränderliche Gesellschaft einzufügen, konzentriert sich SINGA eher darauf, wie diese Menschen ihre Talente und Leidenschaften verwirklichen und somit zu mehr Innovation und Zusammenhalt in der Gesellschaft beitragen können. SINGA blickt aus transkultureller Perspektive auf Integration und sieht darin einen fort-dauernden Prozess, in dem alle Mitglieder der Gesellschaft, egal aus welcher Gesellschaftsschicht, welchen Geschlechts, Alters, welcher Hautfarbe, Religion usw., ihre Rollen und Rechte aushandeln. Der Blick auf Integration jenseits des Migrationskontextes erlaubt es, über die Dichotomie von »wir« und »die« hinaus zu denken. Er zeigt die Grenzen einer Sichtweise auf, die Geflüchtete lediglich als Gäste, Begünstigte und passive Empfänger_innen wahrnimmt. Ohne diesen Ansatz hätte SINGA Alshalabi – den Unternehmer – niemals getroffen und mit ihm zusammengearbeitet. ●

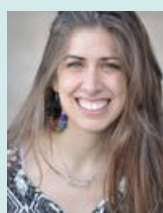
Mehr Infos unter:

→ www.niuiversity.com

→ www.singa-deutschland.com

Dieser Beitrag greift die Botschaft »Migrant_innen bauen Brücken zwischen ihren Welten« des Projekts »Migration gestalten – gerecht und global!« auf.

→ www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/migration-gestalten



Sima Gatea ist Mitbegründerin von SINGA Deutschland.



Bei dem Workshop im März 2018 kam eine Berliner Berufsschulklasse mit jungen Syrer_innen in Kontakt, die aus ihrer Heimat geflohen sind. Ziel war es, einen transkulturellen Austauschraum zu eröffnen. Das biografische Arbeiten und die persönlichen Erfahrungen standen im Mittelpunkt. Es gab keine »richtigen« oder »falschen« Antworten, sondern einen Rahmen, in dem Fragen gestellt werden konnten und in dem Humor sein befreiendes Potenzial zeigte.

Das gemeinsame Kochen syrischer Spezialitäten rundete den Tag ab und bot neben den nachdenklichen Momenten auch viel Spaß und kulinarische Highlights: Falafel mit Humus, Kabsch (Reisgericht mit Huhn), Joghurt mit Gurke und arabische Süßigkeiten (Blätterteig mit Füllung und Zuckerüberguss). ●

Christian Bittner ist Student und bietet für die FES Seminare an Schulen zu den Themen Rechtsextremismus und Flucht/ Migration an.

Politik für Europa

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«: der wirtschaftlichen und sozialen Krise, aufkommenden Zweifeln an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitischen Verwerfungen. Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen.

Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger_innen zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrem Projekt »Politik für Europa« alle Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

Wirtschaftlich und politisch notwendig

Warum die EU den Westbalkan braucht und der Westbalkan die EU

Von Josip Juratovic

Im Jahr 2018 steht der Westbalkan wie seit Langem nicht mehr im Mittelpunkt des geopolitischen Interesses. Initiativen wie das am 6. Februar 2018 angenommene Westbalkan-Strategiepapier der Europäischen Kommission, in dem in erster Linie die EU-Erweiterung und notwendige Reformen thematisiert werden, sind für die Region von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Europäischen Union muss es allein aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen gelingen, mit den Ländern des Westbalkans zusammenzuwachsen, möchte sie die Region nicht den konkurrierenden Weltmächten, vor allem Russland und den USA, aber auch der Türkei und China, überlassen.

Der Weg in die europäische Familie erfordert starken politischen Willen auf beiden Seiten. Hürden, die es auf dem Westbalkan zu nehmen gilt, gibt es genug: So wird der EU-Beitrittsprozess von nationalistisch gesinnten politischen Akteuren auf dem Westbalkan blockiert. Der zunehmende Rechtspopulismus schlägt sich auf die wirtschaftliche Lage nieder, was wiederum zur Massenauswanderung, gerade von jungen Menschen und gut ausgebildeten Fachkräften, führt. Die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern des Westbalkans sind zudem unstet: Sie schwanken zwischen gut gemeinter Symbolpolitik, gegenseitigen Beschuldigungen und mitunter kriegsähnlicher Rhetorik, wie zuletzt im Serbien-Kosovo-Konflikt zu beobachten war. Trotz zahlreicher Gespräche im Rahmen des Normalisierungsprozesses zwischen Serbien, Kosovo und der EU drohte die Situation im März 2018 zu eskalieren. Es ist daher sehr wichtig, dass die EU sich engagiert und Haltung zeigt. Der EU-Westbalkan-Gipfel Mitte Mai in Sofia soll daher als Chance genutzt werden, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu stärken und gleichzeitig die Region fester an die EU zu binden.

Zumal auch positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Zunehmend arbeiten Wissenschaftler_innen in der Region zusammen, Unternehmer_innen kooperieren und Jugendnetzwerke setzen Zeichen der Hoffnung. Dies sind Kräfte, die der Region Perspektiven geben und die es zu unterstützen gilt, genauso wie die Annäherung von Kriegsveteranen. Die Förderung des offenen Austauschs von Menschen, die noch in den 1990er-Jahren die Waffen gegeneinander gerichtet haben, wäre von nicht zu unterschätzendem symbolischen Wert. Es gilt also, künftig mit den demokratisch gewählten

Regierungen zusammenzuarbeiten und die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken.

Das Strategiepapier der Europäischen Kommission war ein hoffnungsvolles Signal in die richtige Richtung. Dennoch wäre es aus meiner Sicht zu begrüßen, wenn die EU die Verhandlungskapitel der Beitrittsländer gleichzeitig öffnen würde. Die EU sollte die Beitrittsländer bei der Umsetzung von Reformen in den Bereichen der Rechtstaatlichkeit, Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption weiter intensiv begleiten. Vor allem der Umgang mit Mazedonien sollte als Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der EU betrachtet werden. Die Empfehlung der Kommission, Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien aufzunehmen, ist dabei ein wichtiger und richtiger Schritt.

Eine engere Zusammenarbeit der Westbalkan-Länder wäre schon aus kulturpolitischer Sicht leichter machbar: Politiker_innen können sich in den meisten Ländern sprachlich gut und ohne Dolmetscher verständigen. Viele Menschen auf dem Westbalkan sind verwandtschaftlich eng miteinander verbunden. Es gibt bereits einen kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch. Auch der wachsende Tourismus sei an dieser Stelle zu erwähnen. Diese vielen Gemeinsamkeiten könnten die ganze Region stärker machen, ohne dass dabei die nationale Souveränität infrage gestellt werden müsste.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass sich die meisten Menschen auf dem Westbalkan der EU zugehörig fühlen. Der Ausbau der Infrastruktur und der digitalen Konnektivität sind zusätzlich wichtige Brückenbauer.

Kurz: Der Westbalkan braucht uns und wir brauchen den Westbalkan, wenn wir den Frieden und die Stabilität in Europa wahren wollen. ●



Josip Juratovic ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Dort ist er für die SPD-Bundestagsfraktion Berichterstatter für die Regionen Südosteuropa und Östliche Partnerschaft.

Europa schützen – nur vor wem oder was? Österreichs EU-Ratsvorsitz kommt eindimensional daher

Von Barbara Tóth



Der österreichische EU-Ratsvorsitz für die zweite Hälfte des Jahres 2018 steht unter dem Motto »Ein Europa, das schützt«. Aber es geht nicht um Schutz vor Arbeitslosigkeit, sozialer Ungleichheit oder übergreifende Datenkonzerne, sondern um den Kampf gegen die illegale Migration und für mehr Sicherheit in Europa.

Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte sich schon im Wahlkampf für die Nationalratswahlen 2017 zum Retter des Abendlands hochstilisiert, zum Mann, der die Westbalkan-Route geschlossen und damit angeblich die »Flüchtlingskrise« des Jahres 2015 beendet habe. Nun will er seine Paraderolle auch auf EU-Ebene festigen und ausbauen.

Höhepunkt der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wird das Treffen der Staats- und Regierungschefs in Salzburg am 20. September 2018 sein. Kurz sagt offen, dass ihm beim Thema Migration und Sicherheit weniger eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems samt der sogenannten Dublin-Verordnung oder eine erneute »Relocation«-Debatte am Herzen liegt, sondern er sich vor allem auf die personelle und finanzielle Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex konzentrieren möchte. »Statt Streit über Verteilung« wolle er »den Fokus auf den Außengrenzschutz« legen. Die Agentur brauche dafür ein »neues Mandat«. Der Kanzler kann sich vorstellen, das Bundesheer und die Polizei zu entsenden. »Wir sind bereit, Personal zu schicken und Geld zur Verfügung zu stellen.« Flüchtlinge, die keine Berechtigung auf Asyl haben, sollen in Schutzzentren außerhalb der EU gebracht werden.

Natürlich geht es während des österreichischen EU-Vorsitzes auch um andere Dossiers, allen voran den Brexit und den EU-Haushalt, aber hier versteht sich Österreichs Regierung als solide Abwicklerin, mehr nicht. Die Brexit-Beratungen im Allgemeinen Rat werden vom EU-Kanzleramtsminister Gernot Blümel (ÖVP) geleitet, einem engen Vertrauten von Kurz. Blümel wird es auch sein, der den Spagat zwischen

nationalen Eigeninteressen und einem Kompromiss beim EU-Haushalt schaffen muss. Beim EU-Budget steht die österreichische Regierung derzeit noch auf der Seite der Skeptiker, die sich weigern, die durch den Brexit entstehenden Mehrkosten zu übernehmen. Auf die Frage, wie das gehen soll: weniger Geld nach Brüssel schicken, gleichzeitig den Schutz der Außengrenzen hochfahren, antwortet Blümel stets: »eisernes Sparen« bei der Verwaltung und anderen milliarden schweren Posten. Österreich kann sich auch die Halbierung der Zahl der EU-Kommissare vorstellen.

Ein klassischer Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik war immer die Balkanregion, aber die aktuelle bulgarische Ratspräsidentschaft hat die EU-Annäherung der Westbalkan-Staaten bereits forciert. Österreichs Außenministerin Karin Kneissl hat angekündigt, die Annäherung des Westbalkans an die Union trotzdem zu ihrem Thema zu machen.

Die Befürchtung, die österreichische EU-Ratspräsidentschaft könnte zu einer Machtdemonstration der europakritischen FPÖ werden, ist verfehlt. Die Arbeitsteilung in der Regierung ist klar. »Er [Bundeskanzler Sebastian Kurz] kümmert sich um den Europäischen Rat und ich um Österreich«, sagte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei einer Festveranstaltung zum Europatag in Wien. Die Politik, die die FPÖ will, setzt ohnehin Kurz in Brüssel mit um. ●

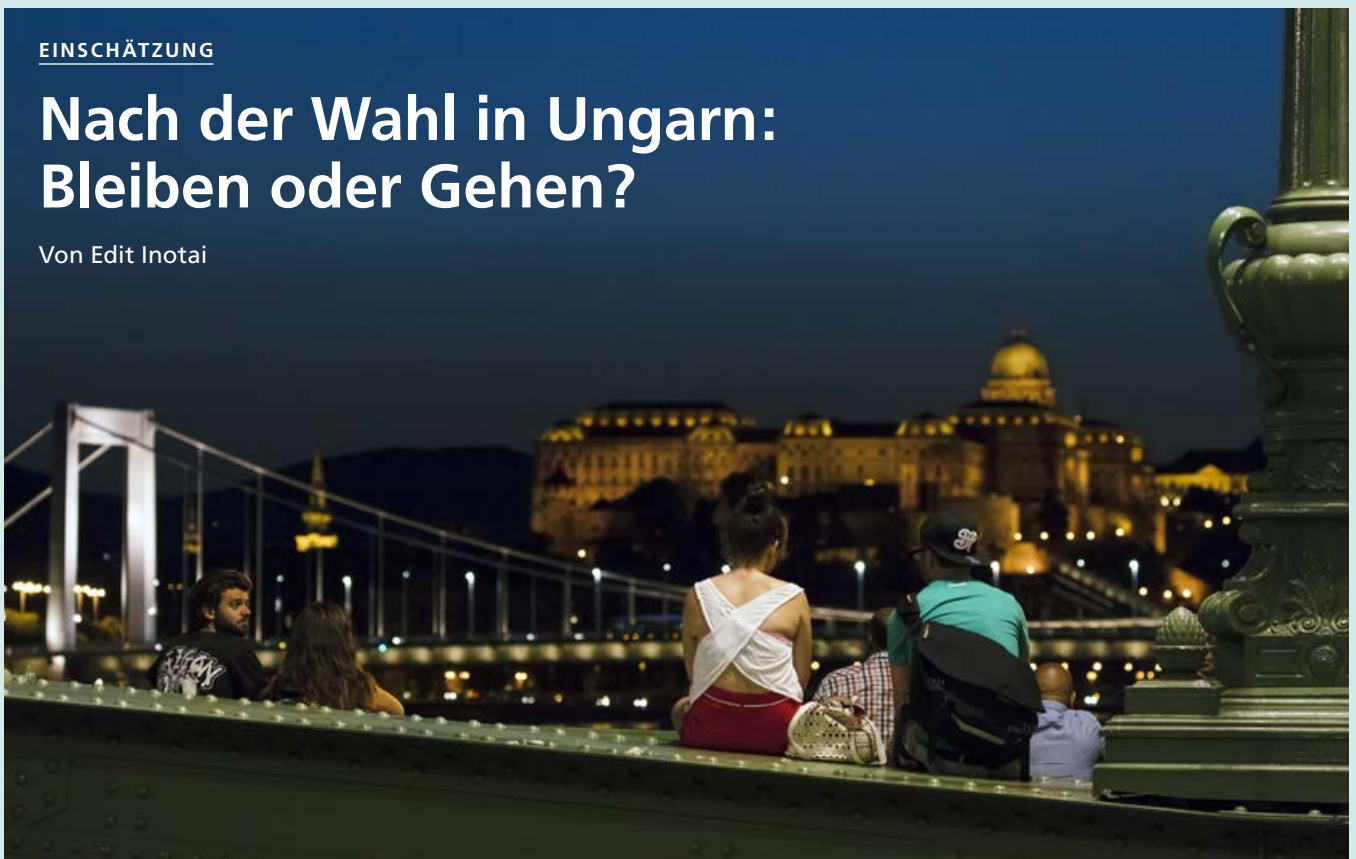
Eine längere Fassung dieses Artikels erschien zuerst in »Internationale Politik und Gesellschaft« (ipg-journal.de)



Barbara Tóth ist Buchautorin und Journalistin. Sie leitet die Ressorts Stadtleben und Landleben und die Seite »Politisches Buch« des Magazins *Falter* in Wien und schreibt für das Ressort Politik.

Nach der Wahl in Ungarn: Bleiben oder Gehen?

Von Edit Inotai



Die rechtskonservative Fidesz-Partei hat bei den Parlamentswahlen vom 8. April 2018 erneut eine Zweidrittelmehrheit erreicht und damit ihre – praktisch unkontrollierte – Macht in Ungarn gesichert. Insbesondere auf dem Land hat Fidesz an Unterstützung hinzugewonnen, trotz der allgemeinen Erwartungen in der Gesellschaft, dass die Regierungspartei aufgrund von Korruptionsvorwürfen, Vetternwirtschaft und Überheblichkeit bei den Wahlen Verluste erleiden werde. Besonders in der städtischen Bevölkerung, wo teilweise Wechselstimmung herrschte, ist die Enttäuschung nun groß.

Die Europäische Union muss in den nächsten vier Jahren damit rechnen, dass Viktor Orbán noch ambitionierter und tatkräftiger Politik auf der europäischen Ebene betreiben wird. Stil und Wortwahl der Regierung werden wahrscheinlich noch schärfer sein. Die Zweidrittelmehrheit zeigt, dass Parolen, die gegen Migration und Ausländer_innen Stimmung machen, sich politisch auszahlen. Europa muss damit rechnen, dass Orbán für viele Rechtsradikale, aber auch für manche konservative Politiker_innen, zum Vorbild wird. Viele werden versuchen, seine Kampagne, Taktik und Wortwahl zu kopieren: Einwanderung und Muslime werden als Bedrohung dargestellt und somit die Gesellschaft polarisiert.

Die Kritik an Brüssel wird weiterhin im Mittelpunkt der ungarischen Außenpolitik stehen. Obwohl Budapest stets versichert, sich an einer »konstruktiven Debatte« zu beteiligen, so ist es tatsächlich selten zu Kompromissen bereit. Zusammen mit den anderen Nettoempfängerländern werden Orbán (und die polnische Regierung) hart für vorteilhafte Positionen kämpfen, wenn es um den nächsten europäischen Haushalt (nach 2020) geht. Die Einführung des Euros ist dagegen kein Thema. Obwohl die Makrodaten der ungarischen Wirt-

schaft den Beitritt ermöglichen würden, ist es schwer vorstellbar, dass die Regierung bereit wäre, mehr Kontrolle an Brüssel oder an die Europäische Zentralbank abzugeben.

Orbán und die neue Regierung werden gegen alle Maßnahmen kämpfen, die ein föderatives Europa voranbringen könnten. So ist damit zu rechnen, dass von ungarischer Seite auch die Entscheidungsmechanismen im Europäischen Rat – insbesondere die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit – infrage gestellt werden. Entscheidungen, bei denen Ungarn kein Vetorecht hat und deren Ergebnis nicht seinen Positionen entsprechen, werden als Verletzung der Souveränität und als undemokratisch aufgefasst.

Ein von Fidesz regiertes Ungarn interessiert sich in der EU für die Beibehaltung des Binnenmarkts, verstärkte Wirtschaftsbeziehungen, disziplinierte Haushaltspolitik und sichere Außengrenzen. Die größte Herausforderung für die nächste Regierung wird aber nicht die Einwanderung, sondern die Auswanderung sein. Orbán steht vor der großen Herausforderung, die junge Generation – bereits eine halbe Million lebt im Ausland – in Ungarn zu halten und die große Anziehungskraft des Westens zu reduzieren. Hier sind einige kreative Lösungen in der neuen Legislaturperiode zu erwarten. ●



Edit Inotai ist Senior Fellow am Centre for Euro-Atlantic Integration and Democracy (CEID) in Budapest, Ungarn.

Europa voranbringen!

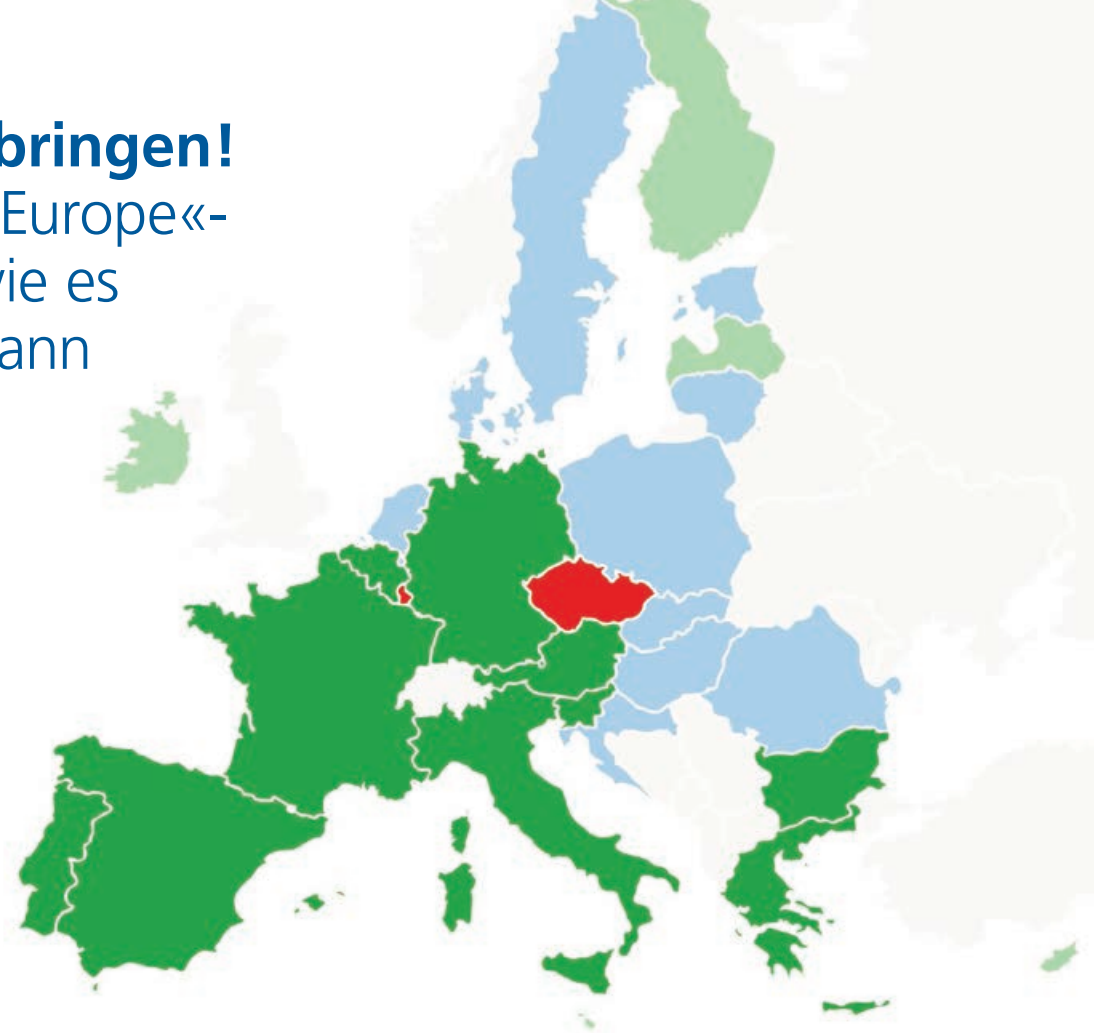
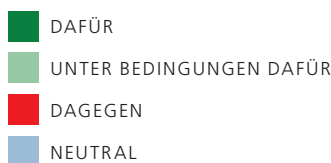
Das »Relaunch Europe«-Projekt zeigt, wie es funktionieren kann

Von Dominika Biegen

WO STEHEN DIE PROGRESSIVEN PARTEIEN?

Reformvorhaben:

Fiskalkapazität für die Eurozone



Nach Jahren des Stillstands und der Krise gibt es derzeit wieder ein gewachsenes politisches Interesse, den europäischen Integrationsprozess voranzubringen. Der Brexit hat einen tiefgehenden Reflexionsprozess über die Zukunft der Europäischen Union in Gang gesetzt. Die deutschen und französischen Parlamentswahlen haben den Weg frei gemacht für weitgehende Reformprojekte. Nicht zuletzt hat die Reformdebatte durch die anstehenden Europawahlen im Jahr 2019 neuen Schwung bekommen.

In dieser politischen Gemengelage setzt sich das »Relaunch Europe«-Projekt das Ziel, Reformoptionen, auf die sich eine Vielzahl von Regierungen oder sozialdemokratische Parteien in der EU einigen können, auszuloten. In Kooperation mit dem Institut für europäische Politik und einer Vielzahl von Länderexperten hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Landkarten erstellt, in der sich die politische Positionierung zu zwölf Reformprojekten in drei Politikfeldern ablesen lassen. Flankiert werden diese Landkarten durch 27 Länderdossiers und ein Überblickspapier, in dem die wichtigsten empirischen Ergebnisse zusammengefasst werden.

Unsere Analyse zeigt, dass zwischen den Positionen der Regierungen und denen der sozialdemokratischen Parteien zum Teil große Unterschiede bestehen. Deutlich zeigen sich diese Diskrepanzen bei dem Reformprojekt, eine Fiskalkapazität für die Eurozone einzurichten. Die Idee ist, die Wirtschafts- und Währungsunion durch einen gemeinsamen Haushalt der Eurozonen-Länder zu stabilisieren und in konjunkturellen Abschwüngen eine antizyklische Wirtschafts-

politik zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene werden derzeit unterschiedliche Modelle einer solchen Fiskalkapazität diskutiert. In den Mitgliedstaaten verläuft zumindest auf Regierungsebene die Diskussion zu dem Thema eher zögerlich: Insbesondere die Regierungen Finnlands, Luxemburgs, der Niederlande und Österreichs lehnen eine Fiskalkapazität strikt ab. Künftigen wirtschaftlichen Abschwüngen könne man besser durch die effektive Umsetzung struktureller Reformen und durch ausgeglichene Haushalte begegnen.

Fast alle sozialdemokratischen Parteien aus den Mitgliedsländern der Eurozone stehen diesem Reformprojekt jedoch positiv gegenüber und sehen im gemeinsamen Eurozonen-Haushalt ein wichtiges Instrument, um die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben. Die Forderung nach einer Fiskalkapazität kann zu einem konkreten Ankerpunkt einer europäischen, sozialdemokratischen Reformagenda werden, die auf die Förderung öffentlicher Investitionen setzt und einen Richtungswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt stellt. ●

Weitere Ergebnisse des »Relaunch Europe«-Projekts:
→ www.relaunch-europe.eu



Dr. Dominika Biegen ist Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Zuvor war sie Referentin für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

»In Brüssel wird über unsere Zukunft verhandelt«

Interview mit Kate Hardy über den Generationenkonflikt beim Brexit



Kate Hardy (15) ist jung, engagiert und kämpferisch: Die Schülerin aus Sheffield will ihre Freundinnen und Freunde motivieren, sich politisch zu engagieren. Das ist schwer, wenn die Älteren wie beim Brexit-Referendum über die Köpfe der Jüngeren, noch nicht Wahlberechtigten, hinweg entscheiden. Ein Gespräch über den Generationenkonflikt, warum die Stimme der Jugend so wichtig ist und wie politisches Engagement im 21. Jahrhundert aussieht.

Welches Stichwort beschreibt deine Erfahrungen mit der Brexit-Debatte derzeit am besten?

Das Adjektiv »polarisierend« beschreibt meine Erfahrungen am besten. Bei mir zu Hause unterscheiden sich die politischen Ansichten von meiner Schwester und mir gravierend von denen meiner Eltern. Wenn das Stichwort Brexit fällt oder in den Nachrichten thematisiert wird, kommt es sofort zum Streit zwischen uns.

Warum ist der Brexit ein polarisierendes Thema?

Es war eine sehr knappe Entscheidung, fast 50:50. Diese Zahlen sind den Menschen sehr bewusst. Ich glaube, es handelt sich hier um einen Generationenkonflikt, schließlich waren es überwiegend ältere Menschen, die für den Austritt gestimmt haben. Für die Jüngeren steht jedoch alles auf dem Spiel. Die jüngere Generation hat durch die sozialen Medien mehr Kontakte in die Welt. Und ich glaube, das ist ein Grund dafür, dass die jüngeren Menschen für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt haben. Die ältere Generation erlebte eine fragmentierte Weltordnung. Daher kommt die Spaltung.

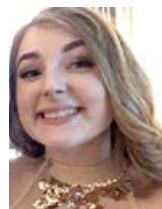
Hat deine Generation ein Mitspracherecht bei den aktuellen Entscheidungen?

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre beim Referendum hätte der Abstimmung sicher gutgetan und ein umfassenderes Bild davon gezeichnet, was die Meinung des Landes, aber auch derjenigen Menschen ist, die am längsten von den Konsequenzen betroffen sein werden.

Der beste Weg, die Menschen jetzt einzubeziehen, wäre, sie darüber zu informieren, was es wirklich bedeutet, aus der

EU auszutreten. Sie zu beteiligen, hieße, sie wissen zu lassen, dass der Brexit einen Einfluss darauf haben wird, wie wir später Häuser kaufen, wie wir auf Reisen gehen. Dass in Brüssel gerade über unsere Zukunft, und nicht nur Zahlen und Fakten, verhandelt wird.

Um jüngere Menschen einzubeziehen, bedarf es heute der Nutzung sozialer Netzwerke, Online-Kampagnen und vieler Videos. Das hat Einfluss darauf, was wir sehen und was unsere Aufmerksamkeit weckt. Politische Bewegungen sind in dieser Hinsicht nicht mit der Zeit gegangen und haben den Trend verschlafen. Heutzutage sollten sie sich hauptsächlich auf soziale Medien konzentrieren, um diese Zielgruppe zu erreichen.



Kate Hardy geht in Sheffield in Nord-England zur Schule. Dort belegt sie Spanisch und Geschichte mit dem Wunsch, später Politikwissenschaften zu studieren und Menschenrechtsanwältin zu werden.

Die Fragen stellte **Andre Weisser**, Projektassistent im FES-Büro London. Das Interview fand am Rande des Workshops »BYOB – Bring your own Brexit« statt, einer Kooperation zwischen dem FES-Büro London und dem Thinktank »Common Vision«, in dem sich britische Jugendliche über neue Formen der Einmischung und Teilhabe am Brexit-Prozess ausgetauscht haben.

Notizen

++ Wie steht es um die EU-Israel-Beziehungen nach der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch US-Präsident Donald Trump? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Besuchs von Europa-Parlamentarier Arne Lietz in Israel, organisiert von der FES Israel zum Jahreswechsel. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit Avi Gabbay, dem Parteivorsitzenden der israelischen Arbeitspartei (HaAvoda), einem Vertreter der »Israeli Association for the Study of European Integration« sowie dem deutschen Botschafter in Israel, Clemens von Goetze. **++**



++ Der zweitälteste Campus der »Global Labour University« (GLU) in Johannesburg, Südafrika, richtete im März und April 2018 mit Unterstützung des »Trade Union Competence Centre (TUCC) der FES einmal mehr erfolgreich das globale Studienprogramm ENGAGE aus. ENGAGE richtet sich gezielt an Gewerkschafter_innen, die in ihrem jeweiligen Umfeld keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten für ein Studium an einer Universität haben. Der zertifizierte zweimonatige Studienkurs an der Witwatersrand-Universität ermöglicht den 30 Teilnehmenden (die meisten aus Afrika) nicht nur Einblicke in global relevante Themen der Arbeiter_innenbewegung, sondern unterstützt sie auch dabei, sich in ihrer jeweiligen Gewerkschaft für mehr Teilhabe und basisdemokratische Strukturen einzusetzen. **++**

++ Die deutsche Autoindustrie boomt, doch der Veränderungsdruck wächst. Ohne tiefgreifenden Wandel ist die Zukunft der deutschen Autobauer gefährdet. Um zu verhindern, dass der erforderliche Umbruch zulasten von Beschäftigten und Standorten geht, müssen Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen diese Transformation gemeinsam gestalten. Unser Vorschlag: ein gemeinsamer Zukunftspakt für Mobilität. Die Analyse im WISO-Diskurs »Die Zukunft der Automobilindustrie« macht deutlich: Zeit, abzuwarten, bleibt nicht. Das Erfolgsmodell deutsche Automobilindustrie könnte sonst bald Geschichte sein **++**



++ Das Regionalprojekt Politischer Feminismus in Asien geht in die entscheidende Phase: Feminist_innen aus sieben asiatischen Ländern erarbeiten durch innovative Projekte einen Feminismus, der Allianzen bildet und den asienweiten Diskurs eröffnet. Eine App, die Filme und Werbung nach Geschlechtersensibilität bewertet, eine Storytelling-Animation, ein Dokumentarfilm über Mutterschutz und ein feministisches Curriculum für Gewerkschafter_innen sollen feministische Themen in die breite Öffentlichkeit tragen. **++**

++ Um in Israel die Zahl von Bürgermeisterinnen und den Anteil von Frauen in der Lokal- und Regionalverwaltung zu erhöhen, wurde »Mekomiyot 2018« geschaffen. »Mekomiyot 2018« ist eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation »WePower« und dem »Dafna Fund« ins Leben gerufene Koalition. Sie besteht mittlerweile aus 28 jüdischen, arabischen und jüdisch-arabischen Organisationen. Anlässlich des internationalen Frauentags wurde »Mekomiyot 2018« am 6. März 2018 im Rahmen einer Sonderveranstaltung in der Knesset vorgestellt. **++**



++ Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft, Weiter.Denken.« 2018 ging an den serbisch-US-amerikanischen Ökonomen Branko Milanović für sein Buch »Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht«. Darin analysiert der Autor den Zusammenhang zwischen globaler Ungleichheit und Migration. Der Preis wurde am 19. März 2018 in Berlin verliehen, die Festrede hielt Andrea Nahles. ++

++ Unter dem Titel »Gradmesser für politischen Wandel – Pressefreiheit in Europa« analysierten u.a. Lutz Kinkel, Geschäftsführer des Leipziger »European Centre for Press and Media Freedom«, und Petra Kammerevert, SPD-Europaabgeordnete, am 21. März 2018 in Köln, wie es um die Pressefreiheit in Europa bestellt ist. Sie zeigten Wege auf, wie den besorgniserregenden Entwicklungen begegnet werden kann. Dazu zählen vorrangig die öffentliche Verurteilung der Entwicklungen und darauf aufbauende Reaktionen der europäischen Wertegemeinschaft. ++

++ Zwei Jahre nach Inkrafttreten des umstrittenen Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei organisierte das FES-Europabüro Brüssel in Zusammenarbeit mit dem »European Policy Centre« am 20. März 2018 eine ganztägige Konferenz. Vertreter_innen von EU-Institutionen, des türkischen Innenministeriums, der griechischen Kommunalverwaltung sowie der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sprachen aus ihren unterschiedlichen Perspektiven zum Thema. Die Zukunft des Abkommens wurde auch angesprochen und die Möglichkeit einer ähnlichen Zusammenarbeit mit anderen EU-Nachbarstaaten. ++

++ Spätestens seit den »Panama Papers« von April 2016 hat die Debatte über internationale Steuervermeidung und Geldwäsche Fahrt aufgenommen. Die »Platform for Collaboration on Tax«, eine gemeinsame Initiative von IWF, OECD, Vereinte Nationen und Weltbank, hat zum Ziel, die globale Zusammenarbeit im Bereich Steuern zu stärken. Auf ihrer ersten Konferenz Mitte Februar 2018 in New York war auch die Friedrich-Ebert-Stiftung vertreten. Sie diskutierte mit ihren Partnern über den Zusammenhang zwischen illegitimen Finanzströmen und aggressiver Steuervermeidung. Die Plattform dürfe sich nicht auf rein technische Fragen der Steuerkooperation beschränken, das Problem sei ein politisches und müsse politisch gelöst werden, so das Fazit. ++

++ Am 9. Mai 2018 lud die FES Warschau gemeinsam mit der polnischen Wochenzeitschrift »Polityka« zu einer Debatte rund um die Herausforderungen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Charles A. Kupchan, Professor für Internationale Beziehungen an der Georgetown University und ehemaliger Sicherheitsberater von US-Präsident Barack Obama, hielt die Eröffnungsrede. Kupchan stellte dar, wie innenpolitische Veränderungen in der westlichen Welt zu wachsender Dominanz von Autokratien geführt haben und weshalb dies eine enorme Herausforderung für die internationale Sicherheit ist. In der anschließenden Paneldiskussion wurden mögliche Ansätze erörtert, um diesem »historischen Moment« zu begegnen. Kupchan appellierte an die Polinnen und Polen, sich wieder auf ihre europäische Identität zu besinnen. ++



++ Während ihrer Pragreise führte die Delegation des Vorstands der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag unter Leitung der Landesvorsitzenden, Natascha Kohnen, auch Gespräche mit der Leiterin der FES in Prag, Anne Seyffert, sowie dem neuen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Tschechien, Jan Hamáček, der auch stellvertretender Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik ist. Thema war unter anderem der Stand der laufenden Koalitionsverhandlungen der Sozialdemokraten mit dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Andrej Babiš. ++



++ Der FES-Vorsitzende Kurt Beck war Anfang Mai 2018 in Kolumbien, um sich über den Stand des Friedensprozesses zu informieren. Die Reise führte ihn nach Bogotá, Cartagena und Ciénaga. Zu den Gesprächspartnern zählten der Hohe Kommissar für den Frieden, Rodrigo Rivera, Pater Francisco de Roux und der Bürgermeister von Ciénaga, Edgardo de Jesús Pérez Díaz. Beck äußerte die Sorge, dass die internationale Aufmerksamkeit auf den Friedensprozess nachlassen könnte, und versprach seinen kolumbianischen Gesprächspartnern, auf die Probleme, die einer wirklichen Befriedung des Landes im Wege stehen, hinzuweisen. **++**

++ Arbeitslosigkeit, Braindrain, Perspektivlosigkeit – diese Dinge kommen vielen als Erstes in den Sinn, wenn sie an junge Menschen in Griechenland denken. Dass es jenseits dieser Stereotype viele positive Visionen und eine Menge politischen Gestaltungswillens gibt, das beweist die »Progressive Youth Academy« (PYA) des Büros Athen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Akademie wurde im Jahr 2017 ins Leben gerufen und bringt regelmäßig junge Griech_innen zusammen. Mit Referent_innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutieren sie aktuelle politische Herausforderungen wie Ungleichheit, Migration und die Zukunft der Sozialen Demokratie. Ziel der PYA ist politisches »Empowerment«: Die Teilnehmenden bilden neue Netzwerke mit Gleichgesinnten, entwickeln neue Ideen und tragen diese in die Politik. **++**

++ 2018 ist das dritte Jahr der Kooperation von progressiven Bürgermeister_innen – eines Projektes, das die FES Warschau nach den Kommunalwahlen im Herbst 2014 initiiert hat. 15 neu gewählte Bürgermeister_innen aus Klein- und Kreisstädten trafen den Bürgermeister von Słupsk, Robert Biedroń, den Hoffnungsträger der progressiven Linken, um mit ihm über politische Herausforderungen, Best Practices und Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren. Im Januar 2018 kamen die Bürgermeister_innen zum bereits siebten Mal zusammen – zwei weitere Treffen sind geplant, eines davon mit ihren deutschen Pendanten in Berlin. **++**

++ Zu den laufenden Verhandlungen über ein Assoziierungs- und Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur organisierte das FES-Europabüro Brüssel im April 2018 ein Dialogprogramm für eine hochrangige Delegation von Mercosur-Abgeordneten und Gewerkschafter_innen. Die Delegation äußerte sich kritisch zum geplanten Abkommen, dessen Abschluss sie gegenwärtig aufgrund von Asymmetrien zwischen beiden Regionen sowie der angespannten Lage in vielen Mercosur-Ländern ablehnte. Sie kritisierten vor allem fehlende Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für Parlamentarier_innen und Gewerkschaften. **++**



++ Was ist die Aufgabe von Kultur in einer Zeit dramatischer politischer und kultureller Umbrüche? Diese und andere Fragen diskutierten über 260 Fachteilnehmer_innen im Rahmen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. und 21. April 2018 in Berlin. »Es ist an der Zeit, zu zeigen, dass wir Kunst und Kultur auch international und global begreifen«, so die neue Staatsministerin für Auswärtige Kulturpolitik, Michelle Müntefering, in ihrer Keynote. Anschließend diskutierte der Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V., Thorsten Schäfer-Gümbel, u. a. mit Philipp Ruch, Gründer des Zentrums für Politische Schönheit, und der Schriftstellerin Olga Grjasnowa darüber, wie politische Kunst sein sollte. **++**

Leseempfehlungen

FORUM BERLIN



Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Gutachten
Andreas M. Wüst und Thorsten Faas

HOCHULPOLITIK



Wissenschaft hält Europa zusammen
Vom March for Science bis zu Horizon 2020. Ergebnisse der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. November 2017
Angela Borgwardt

WISO-DISKURS



Alles unter Kontrolle?
Arbeitspolitik und Arbeitsrecht in digitalen Zeiten
Michael Schwemmler und Peter Wedde

NETZWERK BILDUNG



Privatschulen in Deutschland
Trends und Leistungsvergleiche
Klaus Klemm, Lars Hoffmann, Kai Maaz, Petra Stanat

POLITISCHE AKADEMIE



Engagement im digitalen Zeitalter
Trends, Chancen und Herausforderungen
Katrin Matuschek und Valerie Lange

WISO-DISKURS



Digitalisierung politisch gestalten: Mehr. Besser. Anders.
Für eine soziale Innovationspolitik
Daniel Buhr, Nikolas Dietzel, Stewart Gold, Harald Kohler

STUDIE



Hassan Rohanis Drahtseilakt
Gesellschaftliche und politische Herausforderungen in der zweiten Amtszeit des iranischen Präsidenten
Azadeh Zamirirad

INTERNATIONALE POLITIKANALYSE



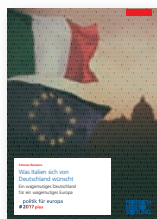
Was bleibt vom Westen? Wohin geht die NATO?
Helmut W. Ganser, Wulf Lapins und Detlef Puhl

WISO-DISKURS



Beschäftigten-transfer stärken!
Lehren aus einem internationalen Vergleich
Bernd Reissert

POLITIK FÜR EUROPA #2017PLUS



Was Italien sich von Deutschland wünscht
Ein wagemutiges Deutschland für ein wagemutiges Europa
Simone Romano

POLITIK FÜR EUROPA #2017PLUS



Das andere Demokratiedefizit
Wie die EU Demokratie in ihren Mitgliedstaaten schützen kann
Expertengruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung

POLITIK FÜR EUROPA #2017PLUS



Claro, que sí!
Spaniens Einwanderungspolitik – ein Modell für Europa?
Gero Maass und Freya Grünhagen



www.fes.de/de/publikationen
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.

„Mit seinem neuen Buch hat Michael Bröning gehörig Staub aufgewirbelt.“
Peter Schneeberger / 3Sat Kulturzeit

„ein für viele Linke schwer irritierender Appell“
Marc Felix Serrao / NZZ

„ein lesenswertes, pointiert geschriebenes Plädoyer“
Peter Wohlfarth / der Freitag

„Pflichtlektüre für jeden SPD-Funktionär“
Jasper von Altenbockum / F.A.Z.

Die Nation als Relikt vergangener Zeiten? Der Nationalstaat als Irrweg? Im Gegenteil: Staat und Nation sind Erfolgsmodelle – weltweit. In seinem Plädoyer für die Rehabilitierung der Nation zeigt Michael Bröning, weshalb gerade progressive Kräfte Frieden mit dem Nationalstaat schließen müssen – nicht als ethnisch-homogene Wagenburg, sondern als Basis eines starken Europas in einer multipolaren Welt.

112 Seiten | Broschur | 12,90 Euro
ISBN 978-3-8012-0528-7

